



GRÜNES FRIESLAND

Zeitschrift für die Grünen im Kreisverband Friesland

Ausgabe 10
Sommer 25



***Neues aus Hannover,
dem Landkreis und
Frieslands Orten***

Bockhorn • Jever • Sande • Schortens • Varel • Wangerland • Wangerooge • Zetel

Moin zusammen,

vom letzten Neumitgliedertreffen ist mir im Kopf geblieben, dass Menschen zu uns kommen und mit uns aktiv sein wollen, weil Robert Habeck sie fasziniert und irgendwie angesprochen hat. Hat. Vergangenheit. Die Ergebnisse der Bundestagswahl lagen unter unseren Ansprüchen und unter unseren Möglichkeiten. Die Grünen sind jetzt wieder einmal Oppositionspartei und haben es da mit der Linken auf der einen Seite und der AfD auf der anderen nicht gerade leicht. Es wird nicht leicht, sichtbar zu sein. Es wird nicht leicht, politische Akzente setzen zu können.

Und Robert Habeck? Er hat sich aus der 1. Politikreihe verabschiedet. Ausgelaugt vom Wahlkampf und von der Ampel-Regierung. Ich kann diesen Rückzug nachvollziehen und gönne ihm diese Auszeit. Auszeit oder Abschied? Robert Habeck ist ein politischer Mensch, der ein unglaubliches Sprachtalent hat – auch wenn er sich manchmal in seinen Reden verliert. Doch er holt nicht die allseits bekannten Politik-Phrasen aus der Schublade, sondern erklärt anschaulich, nimmt die Menschen in seinen Reden mit und begeistert. Er hat große Visionen und ich glaube, er wäre ein interessanter Kanzler geworden. Aber er polarisiert er mit seinen Aussagen, auch mit seiner Art zu sprechen.

Das hat er mit den Grünen insgesamt gemein. Wir ecken an mit unseren Worten und unseren Taten – innerparteilich und in der Bevölkerung. Das ist gut, denn eine Demokratie lebt genau von den Widersprüchen und von dem Ringen um die besten Ideen.

Die Demokratie, die manche in Deutschland als (stark) gefährdet sehen, lebt übrigens auch von Vielfalt und Toleranz. Diese Vielfalt wird momentan den ganzen Juni über im Land gezeigt. Mit unzähligen CSD-Paraden und vielen Veranstaltungen wird der Pride-Monat gefeiert. Und das nicht nur von Menschen aus der queeren Community und den Regenbogen-Familien, sondern mit allen. Akzeptanz und Toleranz braucht es dafür von der gesamten Gesellschaft. Und trotz aller Schwierigkeiten und kultureller Unterschiede bekommen wir das (noch) ganz gut hin. Wir sind alle dafür verantwortlich, dass das auch in Zukunft so bleibt. Nicht nur in Deutschland grundsätzlich, sondern



auch in unserer Partei.

Denn die Grünen leben auch durch und von Vielfalt. Mit verschiedenen Positionen, mit verschiedenen Ideen für die Zukunft. Es liegt an uns, wie wir damit umgehen. Mein Vorschlag lautet: gerne hart in der Debatte, überzeugt in der Sache, aber fair und höflich und nie persönlich. Denn wenn das so ist, fühlen sich Mitglieder nicht mehr Willkommen und treten wieder aus. Auch wenn Robert Habeck sie einst mit seiner Begeisterung ansteckte und in die Partei holte. Und das können wir alle nicht wollen.

In diesem Sinne - habt einen schönen Sommer, genießt die Sonne, die Ferien, die freie Zeit, das Miteinander, grüne Aktionen, meine Sommertour und was sonst noch Tolles und Spannendes auf euch wartet.

Eure, Sina



33 ½ Jahre im Rat der Gemeinde Wangerland

Nach der Gründung der Partei „Die Grünen“ konnte ich diese bei den Kommunalwahlen zweimal nicht wählen, da niemand für die Grünen kandidierte. So entschloss ich mich 1991 das zu ändern, und kandidierte selbst. Mit 641 Stimmen wurde ich das erste Mal in den Rat der Gemeinde Wangerland gewählt.

Hier kam es schnell zu einer Zusammenarbeit mit der SPD, die ich aber nach zwei Jahren wieder aufkündigte. In diesen zwei Jahren habe ich jedoch sehr viel gelernt. Das Wichtigste war, dass es nicht darauf ankommt, mit welcher Partei man zusammenarbeitet, sondern mit welchen Menschen! So hat es sich in den 33 ½ Jahren, die ich im Rat der Gemeinde Wangerland dabei war, ergeben, dass ich immer mal wieder mit der CDU, aber später auch noch einmal mit der SPD in einer Mehrheitsgruppe zusammengearbeitet habe – eine kurze Zeit auch mal nur mit der FDP – und es war immer eine gute Sache zum Wohle der Gemeinde.

So habe ich dreißig Jahre lang immer in einer Mehrheitsgruppe mitgearbeitet. Es gab unendlich viele Diskussionen und auch zum Teil heftige Auseinandersetzungen. Die Straßenausbaubeitragsatzung war wohl das umstrittenste Projekt, aber auch die 75. Änderung des Flächennutzungsplans, in der wir Grünen damals – ausgerechnet zusammen mit der CDU und der FDP – die Massentierhaltung in der Gemeinde deutlich beschränkt haben. Deshalb gibt es bis heute nur fünf größere Ställe für Schweine, Puten und Hähne.

Nach zehn Jahren übernahm ich den Vorsitz des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Sanierung von Dieter Adden, einem CDU-Urgestein. Eine herausfordernde Aufgabe, in die ich langsam hineingewachsen bin. Mit der Übernahme eines Vorsitzes erhöht sich der Kontakt zu den Bürger*innen noch einmal deutlich. Auf einmal wird man zum

Ansprechpartner für Bauwillige, Architekten, Investoren und Planer.

Mir macht die Kommunalpolitik, da ich ja weiterhin im Kreistag meinen Sitz behalte, bis heute sehr viel Spaß. Es ist für mich die direkteste Art der Politik, da man jeden Tag vor Ort für seine Entscheidungen einstehen muss. Bürger*innen sprechen uns an und diskutieren mit uns über die Dinge, die wir vielleicht nur einen Tag vorher entschieden haben. Und meistens sind das die Menschen, die mit unseren Entscheidungen und Beschlüssen nicht einverstanden sind. Aber ich habe es auch viel mehr als nur einmal erlebt, dass nach einem Gespräch doch einiges besser verstanden wurde. Das waren dann die Momente, in denen ich wieder neue Kraft gefunden habe, um weiterzumachen.

Gerne hätte ich die 35 Jahre noch voll gemacht, aber nun ist es anders gekommen. Mit 70 bin ich nach Jever gezogen. Keine einfache Entscheidung, die man spontan fällt. Genau genommen hat es drei Jahre gedauert, bis meine neue Partnerin und ich uns einig waren, dass es Zeit wird, wenn wir noch ein paar Jahre zusammen verbringen wollen. Am 05.04.2025 habe ich mein Haus in Hohenkirchen an die Käufer übergeben und mich noch im April in Jever angemeldet. Ein ganz normaler Vorgang, der aber bei einigen Mitgliedern im Rat trotzdem dazu geführt hat, Spekulationen anzustellen, ob das denn wohl alles rechtmäßig gelaufen ist.

Ganz ehrlich: Das hat es früher nicht gegeben. Ich weiß, das klingt jetzt wie die Sprüche von allen alten Menschen, von wegen „Früher war alles besser“. Aber eins kann ich mit Gewissheit sagen: Früher hat man nicht einfach irgendetwas unterstellt, sondern miteinander geredet. Eine einfache Frage, die auch beantwortet wird, kann so viel Klarheit schaffen. Heute gibt es ein Ratsmitglied, das überlegte,



Reiner Tammen (36) hat als Einzelbewerber der Grünen auf Anhieb einen Sitz im neuen Rat errungen. Er lebt bereits seit neun Jahren in Jeverloch. Geleitet hat Reiner Tammen zwei Berufe: Tischler und Elektriker. Zur Zeit ist er auf eigenen Wunsch Hausmann. So hat er viel Zeit, sich um seinen fast dreijährigen Sohn zu kümmern. Der 36-jährige wird im neuen Rat bekanntlich mit der SPD in einer Gruppe zusammenarbeiten. Als Mitglied des Bau-, Feuerschutz- und Planungsausschusses, des Ausschusses für Landwirtschaft, Verkehr und Umwelt sowie des Ausschusses für Jugend-, Senioren- und Sportangelegenheiten möchte er unter anderem folgende politische Ziele angehen: Zum Beispiel die Förderung des Biolandbaus, die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Ortschaften. Wie es sich für einen Grünen gehört, ist natürlich der Umweltschutz sein Hauptanliegen.

einen Privatdetektiv zu beauftragen, um zu überprüfen, ob ich noch im Wangerland wohne. Schade!

Alles in allem bleibt die Zeit im Rat der Gemeinde Wangerland aber eine unglaublich schöne Zeit mit vielen wichtigen Entscheidungen, tollen Ergebnissen und unglaublich vielen tollen Menschen, die ich in dieser Zeit kennengelernt habe. Als Beispiele sollen hier Heike Henkel, Sven Plöger, Thomas Reiter und Johannes Oerding genannt sein, denen ich im normalen Leben sonst sicher nicht persönlich begegnet wäre.

Aber auch die vielen Termine als stellvertretender Bürgermeister, der ich immerhin für 25 Jahre sein durfte, haben mich mit sehr vielen Menschen zusammengebracht. Die vielen hundert Gespräche am Kaffeetisch oder in Gaststätten, in denen gefeiert wurde, werde ich immer in Erinnerung behalten.



Nach der Koalitionsvereinbarung vor dem Dorfgemeinschaftshaus in Hohenkirchen (v.l.) Hans G. Felleniek, Dietrich Gießler, Reiner Tammen, Angelika Diekmann und Peter Forstbe.



Zukunft der Frieslandkliniken: PwC-Sanierungskonzept

Als Mitglied des Aufsichtsrats und Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag ist es meine Aufgabe, die Entwicklungen kritisch zu begleiten und verantwortungsvolle Entscheidungen mitzutragen. Als Grüne ist es mir wichtig, euch Rede und Antwort zu stehen. Um es vorwegzunehmen – ich muss euch enttäuschen. Ich hatte kurz überlegt, ob ich die Seiten weiß lassen soll und schreibe: „Ich weiß mehr, als ich schreibe, weil sich das, was ich weiß nicht mit dem deckt, was ich schreiben darf.“ Na gut, ihr müsst ja selber wissen, ob ihr weiterlesen wollt.

Seit mehreren Jahren summieren sich die Defizite, die in den Friesland Kliniken gGmbH erwirtschaftet werden. Um die Zahlungsfähigkeit der Friesland Kliniken aufrechtzuerhalten hat der Landkreis 2022 = 2,5 Mio €, 2023 = 17,9 Mio €, 2024 etwa 25 Mio € als Defizitausgleich aufgewendet. Dem muss entgegengesteuert werden – und da wir als ehrenamtliche Kommunalpolitiker:innen in der Regel nicht über das für eine finanzielle Sanierung von Krankenhäusern erforderliche hohe Fachwissen verfügen, wurde 2023 hierzu ein Gutachten in Auftrag gegeben, das sog. PwC-Sanierungsgutachten.

Geprüft werden sollte in zwei Varianten. Szenario 1: Sande und Varel werden innerhalb ihrer Strukturen optimiert und Szenario 2 als offene Frage: wie können möglichst weitreichende wirtschaftliche Verbesserungen realisiert werden?

In den vergangenen Monaten haben wir mehrere Zwischengutachten erhalten. Wie ihr sicher in den Medien verfolgt habt, liegt uns nun seit April 2025 der Entwurf eines Sanierungskonzeptes von PwC vor, welches als Szenario 2 die Schließung der stationären Angebote in Varel empfiehlt. Und ich hatte zugesagt, für die Mitgliederzeitung zu dem gut 150 Seiten langen Papier einen längeren Artikel zu schreiben, weil ich davon ausgehe, dass ich bis dahin sprechfähig sein würde, denn Anspruch Grüner Politik ist, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und zu erklären.

Deshalb haben wir PwC beauftragt, eine Zusammenfassung zu erstellen, die veröffentlicht werden darf, so, wie es innerhalb von wenigen Tagen der Gutachter WMC für die Machbarkeitsstudie getan hat. Denn wir Politiker:innen müssen erklären können, was in den Gutachten steht.

Leider muss ich sagen, dass mir mit den wenigen vorgelegten Zeilen eine sinnvolle Information

nicht möglich ist und das ärgert mich. Wir haben aus den gut 150 Seiten 4 Seiten Papier erhalten, die ich nur in Gänze veröffentlichen und nicht daraus zitieren darf.

Also mache ich das nicht und berichte sinngemäß, dass auf der gut einen Seite, die Inhalte transportiert, darüber informiert wird, dass die Defizite ohne umfassende Sanierungsmaßnahmen nicht



Martina Esser ist Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag Friesland und Mitglied des Aufsichtsrates der Frieslandkliniken gGmbH

duziert werden können und dass Defizite weniger werden, wenn man saniert. So weit, so wenig überraschend.

Auch dieses Gutachten empfiehlt, die stationäre Versorgung im St. Johannes Hospital Varel aufzugeben und weist darauf, dass anhand des Simulationsmodells des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung auch ohne den Standort Varel für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Friesland die Versorgung gewährleistet ist. PwC weist uns noch darauf hin, dass gem. Sozialgesetzbuch V die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen ist, aber auf das notwendige Maß zu begrenzen sei.

Auch die WMC-Machbarkeitsstudie (bei dem es um das Zentralklinikum geht), die bereits in der Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven und dem Kreistag Friesland am 21.05.25 öffentlich vorgestellt wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass keine

Versorgungsrelevanz des St. Johannes-Hospitals Varel gegeben ist. In dieser Sitzung wurde auch noch darauf hingewiesen, dass kein sog. „Sicherstellungszuschlag“ für das Vareler Krankenhaus gezahlt würde, was darauf hindeutete, dass die Versorgungsrelevanz nicht gegeben sei. Es ist korrekt, dass dieser Sicherstellungszuschlag nicht gezahlt wird, das wurde mir in der Sitzung bestätigt. Ich habe daraufhin nachgehakt, ob dieser Sicherstellungszuschlag nicht gezahlt wird, weil das Krankenhaus als nicht versorgungsrelevant gilt. Und ob möglicherweise ein Antrag dafür notwendig wäre und ob dieser ggf. bereits gestellt wurde. Die Antwort auf meine Frage steht noch aus.

Die Betroffenheit besonders im Südkreis ist groß und ich möchte erläutern, warum wir überhaupt nur einen Gedanken daran verschwenden, die im wahrsten Sinne des Wortes ausgezeichnete Frauenklinik in Varel in Frage zu stellen. Die Geburt eines Kindes ist ein besonders verletzliches Moment und eine wohnortnahe geburtshilfliche Versorgung schafft Sicherheit, kurze Wege und stärkt das Vertrauen in unser Gesundheitssystem – gerade im ländlichen Raum. Als Mutter von drei erwachsenen Töchtern ist mir das mehr als bewusst.

Unser Ziel ist es, eine medizinische Versorgung sicherzustellen, die sowohl qualitativ hochwertig als auch wirtschaftlich tragfähig

ist. Dabei müssen wir die Bedürfnisse der Bevölkerung, zunehmend auch die Möglichkeit der Fachkräftegewinnung, aber auch die finanziellen Möglichkeiten des Landkreises in Einklang bringen.

Die anstehenden Entscheidungen sind komplex und erfordern eine sorgfältige Abwägung aller Faktoren. Transparenz, offene Kommunikation und eine enge Zusammenarbeit mit allen Beteiligten sind dabei notwendig, aber oft nicht in der Tiefe (rechtlich) möglich. Das verstehe ich auch. Aber mit diesen dürftigen Aussagen zu PwC ist zur Zeit keine sinnvolle Diskussion möglich.

✉ Fragen, Ideen oder Austausch? Meldet euch gern bei mir: Esser.Martina@web.de



Jever von Oliver de Neidels

Grüne in Jever wählen neuen Fraktionsvorsitzenden

Oliver de Neidels folgt auf Karl Oltmanns

Die Grüne Stadtratsfraktion in Jever wechselt ihren Vorsitzenden. Karl Oltmanns wird aus beruflichen Gründen kürzertreten und gibt den Vorsitz der zweitgrößten Kraft im jeverschen Stadtrat an Oliver de Neidels ab. Die Fraktion hatte ihn einstimmig als Nachfolger bestimmt. Almuth Thomßen wird auch wie bisher Stellvertreterin bleiben.

„Meine Arbeit in der Flugsicherung fordert mich aktuell stark. Daher kann ich mich nicht mehr in alle Ratsthemen der Stadt Jever zu 100% einlesen und einarbeiten. Dies ist als Fraktionsvorsitzender aber nötig. Daher möchte ich gerne die Position weitergeben. Die Fraktion hat Olli de Neidels gewählt. Er hat mich in der Vergangenheit bereits in Ausschüssen vertreten und steckt gut in den aktuellen Themen“, begründet Oltmanns seinen Entschluss.

„Wir sind in der Vergangenheit schon immer eng im Austausch gewesen und ich habe als politischer Neuling viel über die Ratsarbeit von Kalli gelernt“, bedankt sich de Neidels bei seinem Fraktionskollegen und Mentoren für die bisherige Arbeit.

Damit verbunden ist auch eine Umbesetzung des Verwaltungsausschusses. Hier tauschen Oltmanns und de Neidels die Positionen: Oltmanns wird

stellvertretendes Mitglied, de Neidels als Fraktionsvorsitzender wird zusammen mit Almuth Thomßen ordentliches Mitglied im wichtigsten Ratsausschuss. „Der Übergang wird also reibungslos funktionieren“, sagt Oltmanns. Die anderen Ausschüsse bleiben in der Besetzung unverändert.

„Inhaltlich ändert sich nichts. Wir werden auch weiterhin so erfolgreich mit der SPD im Rat zusammenarbeiten, wie wir das in den letzten Jahren getan haben“, stellt de Neidels klar. „Weiterhin gilt es jetzt Fahrt aufzunehmen für die Kommunalwahl im nächsten Jahr. Bis dahin wollen wir noch einige Projekte anstoßen und umsetzen.“

Die Erfolge der rot-grünen Kooperation im Rat können sich bisher schon sehen lassen. Es sei aber trotzdem noch viel zu tun. „Mein persönliches Herzsthema ist die Mobilitätswende und hier besonders der Fokus auf die Fahrradstadt Jever. Aber darüber hinaus gibt es noch viele weitere Dinge, für die wir Grünen in Jever stehen: Die konsequente Umsetzung des gerade in der Schlussphase befindlichen Klimaschutzkonzepts ist dabei nur ein Beispiel“, sagt de Neidels mit Blick auf die nächsten Jahre.

Mitglied werden!

Zukunft mitgestalten!

QR-Code scannen
oder direkt auf
[gruene.de](https://www.gruene.de)



Einfach machen! Mein Antrag für Startups in Niedersachsen

Und was das mit Friesland zu tun hat

Manchmal gehen Politik und Herzblut ganz direkt zusammen. Der Antrag, den ich jetzt mit meiner Fraktion im Mai im Landtag eingebracht habe, ist genau so ein Moment. Er trägt unsere grüne Handschrift – und meine Geschichte. Denn ich habe selbst gegründet. Ich weiß, wie es ist, eine Idee zu haben, für die es (noch) kein Formular gibt. Und ich weiß, wie groß das Potenzial in Niedersachsen ist – gerade auch hier bei uns in Friesland.

Startups sind für mich nicht irgendein Wirtschaftsthema – da geht es um Zukunftsmut. Sie stehen für Menschen, die sagen: Ich warte nicht, bis jemand meine Idee umsetzt. Ich mach's einfach. Und genau diese Haltung brauchen wir – für den Klimaschutz, für Nachhaltigkeit, für soziale Innovationen, für den ländlichen Raum.

Deshalb habe ich diesen Antrag ins Leben gerufen, geschrieben und in den Landtag einge-

bracht: „Startups und Gründungskultur in Niedersachsen stärken, verankern und Innovationen fördern“. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion. Aber mit viel grüner Leidenschaft und Impulsen aus meiner Arbeit, meiner Erfahrung – und meiner Heimat.

Was steht drin? Ganz konkret:

- **Wandeldarlehen und mehr Frühkapital**, damit gute Ideen nicht am Geld scheitern.
- **Green und Social Startups aus der Nische holen**, weil Klimaschutz und Gemeinwohl starke Geschäftsmodelle sind.
- **Gründung aus Hochschulen erleichtern**, weil in Abschlussarbeiten oft schon das Startup von morgen steckt.
- **Business Angels fördern**, damit Kapital auch mutig investiert wird.

• **Regionale Startup-Zentren stärken**, gerade im ländlichen Raum.

• **Bürokratie abbauen**, denn wer digital denkt, darf nicht analog blockieren.

Was das für Friesland bedeutet? Eine Menge. Ich will, dass die Menschen bei uns in der Region spüren: Auch in Jever, Varel oder im Wangerland können Startups entstehen – und zwar mit Rückenwind. Wenn hier jemand eine App zur Besucherlenkung an der Küste entwickelt, ein nachhaltiges Food-Startup gründet oder eine Energieinnovation voranbringt, dann sollen Strukturen, Netzwerke und Förderung bereitstehen.

Startups sind keine Konkurrenz zur Industrie – sie sind ihr Turbo. Das habe ich in meiner Rede im Plenum deutlich gemacht. Und auch: Gründen ist kein Hipster-Hobby. Es ist Mittelstand von morgen. Ob Tech, Landwirtschaft oder Soziales – wir brauchen überall Menschen, die loslegen und anpacken!

Und die gibt es längst. Zum Beispiel:

- **noxt! engineering aus Osnabrück**, die KI-gestützte Wind-Gutachten erstellen.
- **Mission to Marsh aus Hannover**, die Moore renaturieren.
- **VanEvo aus Oldenburg**, die an Speicherlösungen für erneuerbare Energien arbeiten.
- **Envectricity aus Schortens**, hier entstehen modulare, nachhaltige E-Motorräder

Diese Startups liefern nicht nur Produkte – sie liefern Antworten. Auf Fragen unserer Zeit. **Ich glaube an ein Niedersachsen, das gestaltet.** Deshalb habe ich diesen Antrag geschrieben. Deshalb kämpfe ich dafür, dass wir Förderstrukturen verbessern, Hochschulen öffnen, Kapital mobilisieren und Regionen wie unsere sichtbar machen. Ich will, dass wir sagen können: Ja, Niedersachsen ist Gründerland – und Friesland ist mittendrin.

Politik kann Zukunft gestalten – wenn wir sie einfach machen. Und mit diesem Antrag bin ich meinem Motto treu geblieben: Einfach machen! Für Startups. Für Innovationen. Für ein Niedersachsen, das sich traut. Und für ein Friesland, das zeigt: Ideen haben wir genug – jetzt bekommen sie auch die politische Power, die sie verdienen.



[Link zum Antrag](#)



Zetel von Rüdiger Schaarschmidt

Wald schützen statt roden: Grüne lehnen geplanten Sandabbau in Zetel - Fuhrenkamp ab

Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen Friesland spricht sich entschieden gegen die geplante Ausweitung des Sandabbaus im Zeteler Ortsteil Fuhrenkamp aus. Rund 50 Hektar Waldfläche und weitere 10 Hektar landwirtschaftlich genutzter Boden sollen nach aktuellen Planungen gerodet werden, um an mutmaßlich hochwertigen Sand – das sogenannte „weiße Gold“ – zu gelangen.

„Entwaldung ist aus der Zeit gefallen - wir brauchen Klimaschutz durch Waldentwicklung, nicht Zerstörung“

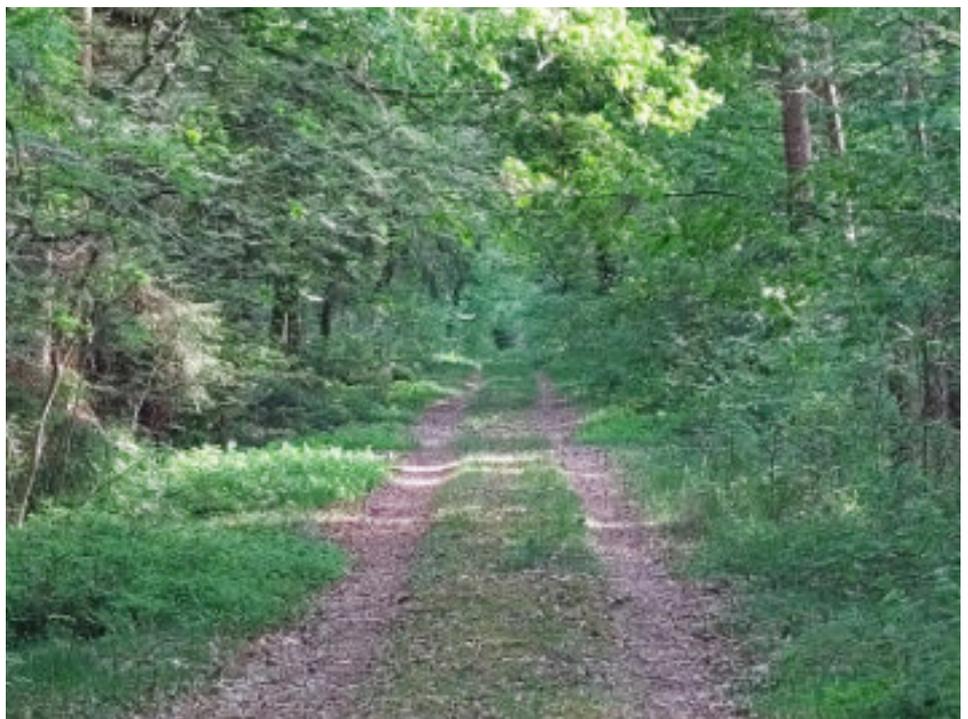
Die Zeteler Politik aufmerksam gemacht auf das Problem hatte zunächst der Erste Gemeinderat Bernd Hoinke, der nahe der Planfläche wohnt. Daraufhin haben die Grünen sich dann zusammen mit der Grünen Kreisvorsitzenden in Friesland, Dr. Jutta Helmerichs und Teilen der Grünen Kreistagsfraktion jetzt vor Ort ein Bild von der Lage gemacht: „Wer heute noch Wald roden will, hat den Ernst der Klimakrise nicht verstanden“, erklärte Dr. Jutta Helmerichs. „Wälder binden CO₂, schützen Böden vor Austrocknung und sind Lebensräume für viele Arten. Sie sind kein Rohstofflager, sondern aktive Klimaschützer.“

Besonders zu berücksichtigen ist nach Ansicht sehr friesischer Grünen, dass die betroffene Fläche nicht in einem ausgewiesenen Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung liegt. „Zudem grenzt sie an ein Wasserschutzgebiet, ein sensibles ökologisches

Umfeld, das durch großflächige Eingriffe massiv geschädigt würde“, so Dr. Helmerichs.

Die Gemeinde Zetel ist Teil der Entwicklungszone des UNESCO-Biosphärenreservats Niedersächsisches Wattenmeer und hat sich mit einem eigenen Klimaschutzkonzept ambitionierte Ziele gesetzt. Der geplante Eingriff steht diesen Zielen diametral entgegen und passt nicht in die Zeit.

„Entwaldung in Zeiten von Dürre, Artensterben und Klimawandel ist nicht nur verantwortungslos, sondern auch ein falsches Signal an die kommenden Generationen“, so Dr. Jutta Helmerichs weiter. „Statt zerstörerischer Eingriffe fordern wir die ökologische Weiterentwicklung des bestehenden Waldes, großflächige Kompensationsmaßnahmen auch für vergangene Entwaldungen sowie die Nutzung von bereits ausgewiesenen Abbauflächen, um Umweltschäden zu minimieren.“





**POLITIK
AUFS
OHR**

Kneipentalk von Sina Beckmann

Zwischen Gülle und Gesellschaft

Ein ehrliches Gespräch mit Lars Kaper beim „Kneipentalk“

Beim Sonderformat Kneipentalk des Podcasts „Politik aufs Ohr“ diskutieren Lars Kaper, Vorsitzender des Kreislandvolks Friesland, Landtagsabgeordnete Sina Beckmann und Moderator Manuel von Heugel über Tierwohl, Bürokratie und gesellschaftliche Erwartungen an die Landwirtschaft.

Wie lässt sich die Landwirtschaft der Zukunft gestalten – zwischen steigenden Anforderungen, gesellschaftlichem Wandel und familiärer Hoftradition? Dieser Frage widmete sich die dritte Ausgabe des Kneipentalks im Podcast Politik aufs Ohr im Parkhotel Jever. Gastgeberin Sina Beckmann und Moderator Manuel von Heugel begrüßten dazu einen Kenner der Praxis: Lars Kaper, Landwirtschaftsmeister und Vorsitzender des Kreislandvolks Friesland.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Lebenswirklichkeit von Landwirtinnen und Landwirten – und der Wunsch, den Dialog zwischen Landwirtschaft und der Bevölkerung zu stärken. „Wir reden in der Politik oft über Landwirtschaft“, so Sina Beckmann, „aber viel zu selten mit denjenigen, die sie täglich gestalten.“ Genau das wolle man mit diesem Gesprächsformat ändern.

Zwischen gesellschaftlichem Anspruch und betrieblicher Realität

Kaper sprach offen über die Herausforderungen, denen sich landwirtschaftliche Betriebe heute stellen müssen: stetig wachsende Anforderungen an Tierwohl und Umweltstandards, eine hohe bürokratische Last und gleichzeitig wirtschaftlicher Druck. „Wir brauchen eine Politik, die verlässlich ist und uns als Betriebe auch mittel- und langfristige Planungssicherheit gibt“, so Kaper. Viele Maßnahmen seien gut gemeint – aber oft fehle der Bezug zur Praxis.

Ein Thema, das alle Beteiligten bewegte: das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft. „Die Akzeptanz unserer Arbeit schwindet, obwohl wir heute mehr Tierwohl und mehr Umweltstandards erfüllen als je zuvor“, betonte Kaper. Politik müsse hier vermitteln – nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern mit offenem Ohr.

Verständigung auf Augenhöhe – nicht nur im Podcast

Für Beckmann ist klar: Der Wandel in der Landwirtschaft kann nur gemeinsam gelingen. „Wir brauchen eine ehrliche Debatte über Tierhaltung, Flächennutzung und Zukunftsperspektiven – aber wir müssen sie so führen, dass die betroffenen Menschen und alle Beteiligten gehört werden.“ Die Grünen-Politikerin betonte, dass insbesondere Digitalisierung und technologische Unterstützung eine Rolle spielen können, um Prozesse zu erleichtern, aber nicht ersetzen dürfen, was an Erfahrung und Verantwortung auf den Höfen gelebt wird.

Moderator Manuel von Heugel unterstrich die Bedeutung solcher Formate für den politischen Diskurs: „Wir brauchen Räume, in denen Dialog auf Augenhöhe möglich ist – jenseits von Parolen und Polarisierung.“

Landwirtschaft im Umbruch – Perspektiven für die Zukunft

Im Gespräch wurde auch die Frage nach der Hofnachfolge und der Nachwuchsförderung thematisiert. „Wir müssen jungen Menschen zeigen, dass Landwirtschaft eine Zukunft hat – auch und gerade in Friesland“, sagte Kaper. Dazu brauche es nicht nur wirtschaftliche Perspektiven, sondern auch gesellschaftliche Wertschätzung.

Am Ende des Abends stand ein gemeinsames Fazit: Landwirtschaft ist systemrelevant – aber sie ist kein Selbstläufer. Sie braucht politische Unterstützung, gesellschaftlichen Rückhalt und den offenen Austausch. „Genau diesen Dialog wollen wir fördern“, so Beckmann. „Deshalb war dieser Abend so wichtig – und sicher nicht der letzte seiner Art.“



Link zur Folge „Kneipentalk mit Lars Kaper“





Jever von Sina Beckmann

Jever in der Biosphäre: Gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft

Es war ein starker Moment im Schloss Jever: Zwei neue Mitglieder – das Parkhotel Jever und das Schloss Jever selbst – wurden offiziell in das Partnernetzwerk der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer aufgenommen. Für uns Grüne ein echtes Highlight, denn ohne unser politisches Engagement wäre dieser Weg nie eingeschlagen worden. Meine Kollegin Almuth Thomßen und ich waren die Antreiberinnen und unsere gesamte grüne Fraktion stand von Anfang an dahinter!

Schon Anfang 2022 war für uns Grüne klar: Jever gehört in die Entwicklungszone des UNESCO-Biosphärenreservats Niedersächsisches Wattenmeer. Der Weg dorthin war allerdings steinig. Trotz Kritik, nächtlicher Anrufe der Gegner und knapper Mehrheiten konnten wir im März 2022 den Ratsbeschluss für den Beitritt erreichen – mit Überzeugungsarbeit, Geduld und klarer Vision. Die Übergabe der offiziellen Beitrittsurkunde folgte im Juli 2022, und seitdem ist viel passiert: Bürgerbeteiligung, Infoveranstaltungen, Netzwerkarbeit. Besonders engagiert: unsere Klimaschutzmanagerin Jasmin Eilers, die das Projekt mit viel Herzblut begleitet.

Am 17. März 2025 kamen nun viele Akteure aus Verwaltung, Tourismus, Politik und Zivilgesellschaft im Schloss Jever zusammen, um zwei Einrichtungen zu begrüßen, die den Biosphären-Gedanken leben: das Parkhotel Jever und das Schlossmuseum. Beide setzen schon heute auf regionale Kreisläufe, Umweltbildung und Nachhaltigkeit – und sind damit starke Botschafter*innen einer lebendigen Biosphäre.

Was bedeutet das für Jever – und was bringt's?

Der Beitritt ist für die Stadt mehr als Symbolik. Er ist Chance und Auftrag zugleich. Für Jever, die Menschen, die Wirtschaft, die Umwelt – eben für uns alle.

- **Tourismus neu gedacht:** Nachhaltige Reisekonzepte, lokale Produkte, klimafreundliche Mobilität – das Biosphärenlabel bringt Sichtbarkeit und Qualität und stärkt so unsere Gastbetriebe.
- **Stadtentwicklung mit Weitblick:** Ob Klimaanpassung, Bildungsprojekte oder regionale Wertschöpfung – die Biosphäre bietet Netzwerke,

Know-how und Förderzugänge.

- **Natur als Lebensgrundlage:** Artenschutz, Gewässerpflege, naturnahe Landschaften – all das gehört zur Entwicklungszone dazu. Ökologie, aber auch Ökonomie und Lebensqualität gehen hier Hand in Hand.
- **Gemeinschaft leben:** Die Biosphäre ist kein Top-Down-Projekt. Sie lebt vom Mitmachen, vom Engagement vor Ort und schafft neue Perspektiven.

Der Beitritt 2022 war der Anfang. Jetzt geht es darum, den Biosphären-Gedanken in den Alltag zu holen – in Schule, Wirtschaft, Stadtplanung und Freizeit. Wir Grüne bleiben da weiter dran: mit Projekten, Ideen und offenen Ohren für alle, die mitmachen wollen. Denn klar ist: Nachhaltigkeit funktioniert nicht als Einzelmaßnahme. Sie entsteht dort, wo Menschen gemeinsam handeln – wie in Jever.



Mehr Infos zur Biosphärenstadt Jever auf der Webseite der Stadt Jever.



Schortens von Wolfgang Ottens

Bezahlbaren Wohnraum schaffen in Schortens

Chancen und Risiken einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft

In vielen deutschen Städten ist bezahlbarer Wohnraum zu einem knappen Gut geworden – auch wir als Stadt Schortens mit rund 21.500 Einwohnern stehen zunehmend unter Druck. Steigende Mieten, wachsende Nachfrage nach Wohnungen durch demografische Entwicklungen und der allgemeine Trend zur Urbanisierung lassen die Rufe nach mehr kommunalem Engagement im Wohnungsbau lauter werden. Unser seit dem Jahr 2020 existierendes und laufend fortgeschriebenes Wohnraumversorgungskonzept sieht derzeit einen Bedarf von ca. 130 zusätzlichen Wohnungen. Diese lassen sich nicht in den nächsten 4 Jahren allein von der beim Landkreis angesiedelten Wohnungsbaugesellschaft Friesland schaffen. Auch der private Wohnungsmarkt wird dabei im Segment bezahlbarer Wohnungen keine Hilfe sein. Eine mögliche Lösung, die bereits in vielen Städten praktiziert wird, ist die Gründung einer eigenen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft. Doch was sind die konkreten Vorteile einer solchen Maßnahme für eine Stadt wie Schortens – und welche Risiken und Herausforderungen gilt es zu beachten?

Unsere Ausgangslage in Schortens

Schortens mit seiner Nähe zur Nordsee verfügt über eine gute Infrastruktur, Schulen, Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten sowie Bahnanschluss und ist damit für viele Menschen ein attraktiver Wohnort. Dennoch spüren auch wir den Wandel am Wohnungsmarkt. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Familien, Alleinerziehende, Senioren oder Geringverdienende wächst – nicht zuletzt auch durch Zuzug aus dem Umland oder durch die veränderten Lebensverhältnisse vieler Menschen. Private Investoren konzentrieren sich häufig auf renditestarke Projekte, wodurch preiswerte Mietwohnungen oft zu kurz kommen.

Was ist eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft?

Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft ist ein von der Stadt gegründetes und kontrolliertes Unternehmen, das Wohnungen plant, baut, vermietet und verwaltet – mit dem vorrangigen Ziel, die Wohnversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, nicht aber der Gewinnerzielung. Häufig wird eine solche Gesellschaft als GmbH oder Anstalt des öffentlichen Rechts organisiert. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften können eigenständig wirtschaften, unterliegen aber der kommunalen Kontrolle und verfolgen gemeinwohlorientierte Ziele. Über mögliche Rechtsformen werden wir in den nächsten Wochen in unseren Ratsgremien beraten.

Vorteile einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft für Schortens

Direkte Steuerungsmöglichkeit durch die Stadt:

Ein zentraler Vorteil liegt in der direkten Einflussnahme der Stadt auf das Wohnungsangebot. Die Kommune entscheidet selbst, wo gebaut wird, wie groß die Wohnungen sind, welche Zielgruppen im Fokus stehen und wie hoch die Mieten ausfallen. So kann Schortens gezielt auf lokale Bedürfnisse reagieren – etwa den Bedarf an barrierefreiem Wohnen für Senioren oder günstigen Mietwohnungen für Auszubildende.

Soziale Verantwortung statt Profitmaximierung:

Anders als private Investoren ist eine kommunale Gesellschaft nicht auf maximale Rendite angewiesen. Sie kann langfristig orientiert handeln, moderate Mieten ansetzen und gleichzeitig eine hohe Wohnqualität bieten. Das schafft Stabilität auf dem lokalen Wohnungsmarkt und wirkt preisdämpfend auf das Gesamtangebot.

Wirtschaftliche Wertschöpfung vor Ort: Durch eigene Bauprojekte und Verwaltung entstehen Arbeitsplätze und Aufträge für lokale Unternehmen. Die Wertschöpfung bleibt in der Region. Zudem fließen mögliche Überschüsse zurück in den städtischen Haushalt oder werden reinvestiert.

Langfristiger Vermögensaufbau: Mit dem Erwerb bzw. Verbleib von Grundstücken in städtischem Besitz und dem Bau von Wohnungen darauf schafft sich die Stadt ein dauerhaftes Vermögen. Immobilienwerte steigen in der Regel langfristig, was finanzielle Spielräume eröffnet. Gleichzeitig sichern die Mieteinnahmen eine verlässliche Einnahmequelle.

Nachhaltige Stadtentwicklung: Die kommunale Gesellschaft kann städtebauliche Ziele umsetzen, etwa die Aufwertung bestimmter Ortsteile, die Förderung von Durchmischung oder die Schaffung von Quartieren mit sozialer Infrastruktur. Sie kann ökologisch nachhaltige Projekte realisieren und Standards setzen, etwa bei Energieeffizienz oder barrierefreiem Bauen.

Krisenfeste Wohnraumbewirtschaftung: In Krisenzeiten – etwa bei wirtschaftlichen Einbrüchen oder Flüchtlingszuzug – kann eine städtische Wohnungsbaugesellschaft flexibel reagieren und Wohnungen bereitstellen, ohne auf Marktentwicklungen oder Investoren warten zu müssen.

Risiken und Herausforderungen einer Gründung

Trotz dieser vielen Vorteile ist die Gründung und Führung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft kein Selbstläufer. Sie ist mit organisatorischen, finanziellen und politischen Risiken verbunden:

Hoher finanzieller Aufwand: Die Gründung, der Bau und die Instandhaltung von Wohnraum erfordern erhebliche finanzielle Mittel. Ohne ausreichende Rücklagen oder Fördermittel kann die Belastung für den städtischen Haushalt hoch werden. Auch bei niedrigen Mieten müssen Kosten wie Instandhaltung, Verwaltung und Finanzierung gedeckt werden. Gerade kleinere Städte wie unsere müssen hier vorsichtig kalkulieren und klug haushalten.

Wirtschaftliches Risiko: Wie jedes Unternehmen unterliegt auch eine Wohnungsbaugesellschaft wirtschaftlichen Schwankungen. Mieterfluktuation, Leerstand, Baukostensteigerungen oder Finanzierungsschwierigkeiten können zu Verlusten führen. Fehler in der Geschäftsführung oder Fehlinvestitionen können gravierende Folgen haben.

Fachkräftemangel und Know-how: Der Aufbau und Betrieb einer solchen Gesellschaft erfordert fachlich qualifiziertes Personal in den Bereichen Bauplanung, Wohnungswirtschaft, Finanzen und Verwaltung. Gerade im kommunalen Bereich ist es schwierig, erfahrene Fachkräfte zu gewinnen und dauerhaft zu binden.

Politische Einflussnahme: Obwohl politische Steuerung erwünscht ist, besteht die Gefahr der parteipolitischen Vereinnahmung. Entscheidungen könnten aus kurzfristigem Kalkül oder Wahltaktik getroffen werden, was zu Fehlentwicklungen führen kann. Es bedarf klarer Regeln und Strukturen sowie Transparenz, um Vertrauen zu sichern.

Langfristige Amortisation: Wohnungsbau ist ein

langfristiges Geschäft. Es kann dauern, bis erste Projekte realisiert, bezogen und wirtschaftlich erfolgreich sind. Gerade zu Beginn müssen Kommunen Geduld aufbringen und politische Rückendeckung geben, auch wenn zunächst keine Erträge sichtbar sind.

Wettbewerb mit der Wohnungsbaugesellschaft Friesland: Die Gründung einer eigenen städtischen Wohnungsbaugesellschaft kann seitens des Landkreises und seiner Wohnungsbaugesellschaft Friesland durchaus kritisch gesehen werden, soweit sie sich durch diese zusätzliche kommunale Konkurrenz beeinträchtigt fühlen. Hier gilt es, ein partnerschaftliches Verhältnis zu pflegen und sich als Ergänzung, nicht als Ersatz zu verstehen, denn dafür ist die Aufgabe viel zu herausfordernd.

Erfolgsfaktoren für Schortens

Für eine Stadt wie unsere könnte eine eigene Wohnungsbaugesellschaft ein wirksames Instrument sein, um neben der Wohnungsbaugesellschaft Friesland günstigen Wohnraum gezielt zu fördern. Der Erfolg hängt jedoch maßgeblich von einigen Faktoren ab:

- Strategische Planung: Eine fundierte Bedarfsanalyse, ein realistischer Geschäftsplan und klare Zielsetzungen sind entscheidend.
- Finanzielle Ausstattung: Fördermittel, zinsgünstige Kredite (z. B. von der KfW), EU-Gelder und Partnerschaften mit Genossenschaften oder Stiftungen können die Finanzierung sichern.
- Kooperationen: Zusammenarbeit mit anderen

kommunalen und privaten Trägern oder sozialen Einrichtungen kann Ressourcen bündeln.

- Transparenz und Beteiligung: Die Bürger sollten frühzeitig informiert und in die Planung einbezogen werden – das erhöht die Akzeptanz.
- Langfristige Perspektive: Die Stadt sollte sich bewusst sein, dass sich Erfolge erst mit der Zeit einstellen – dann aber umso nachhaltiger wirken.

Fazit

Die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in Schortens ist für unsere Mehrheitsgruppe aus CDU und GRÜNEN ein vielversprechender Weg, um der wachsenden Herausforderung des bezahlbaren Wohnraums aktiv zu begegnen. Sie bietet uns die Möglichkeit, sozialen Ausgleich zu schaffen, Stadtentwicklung aktiv zu gestalten und Vermögen aufzubauen. Gleichzeitig erfordert sie finanzielle Disziplin, langfristiges Denken und professionelle Führung. Hierzu werden wir in den nächsten Wochen den Diskurs in unserer Stadt gemeinsam mit der Verwaltung in den politischen Gremien führen und wenn möglich noch im Sommer dazu die notwendigen Entscheidungen treffen.

Wenn wir die Herausforderungen beherzt angehen und die Wohnungsbaugesellschaft klug positionieren, könnte sie die zukünftige Wohnsituation vieler Bürger verbessern. Die Zeit für mutige kommunale Wohnpolitik ist jetzt.

Varel von Sigrid Busch

Kultur schafft Zukunft – Sven Lehmann und der Aufbruch im Bundestag

Mit klarer Haltung und viel Herzblut für die Sache wurde Sven Lehmann, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, im Mai 2025 zum Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien gewählt. Für viele mag Kultur ein „weiches Thema“ sein – für Lehmann ist sie der harte Kern unserer Demokratie.

„Kultur und Medien sind das demokratische Gedächtnis unserer Gesellschaft“, erklärte Lehmann nach seiner Wahl. Und er trifft damit einen Nerv. Gerade in Zeiten, in denen rechte Narrative gezielt kulturelle Räume besetzen und pluralistische Debatten verdrängen wollen, braucht es starke, vielfältige Stimmen, die den Wert von Kunst, Erinnerung und kritischer Öffentlichkeit verteidigen.

Lehmann bringt dafür nicht nur politisches Handwerk, sondern auch Haltung mit: Als langjähriger Kämpfer für Queerpolitik, Kinderrechte und soziale Gerechtigkeit steht er für eine offene Gesellschaft – eine, in der Kultur nicht Elitenluxus ist, sondern gelebte Vielfalt.

Kulturpolitik ist kein Luxus. Sie ist Infrastruktur des Miteinanders. Und mit Sven Lehmann an der Spitze des Ausschusses bekommen wir nicht nur einen Gestalter, sondern auch einen Brückenbauer – zwischen Erinnerung und Zukunft, zwischen Freiheit und Verantwortung.



„Viel Erfolg im neuen Amt, Sven – und danke, dass du Kulturpolitik wieder zu einer Frage der Gerechtigkeit machst!“



Bild: Grüne Bundestag-Fraktion / Stefan Kaminski



Aus dem Landtag von Sina Beckmann

Hälfte des Kuchens, ganze Bühne: Frauen, Startups und politischer Mut

Rückblick auf die frauenpolitische Veranstaltung der Grünen Landtagsfraktion

Was für ein Abend! Am 24. März wurde im Leineschloss in Hannover nicht nur diskutiert – sondern gefeiert, vernetzt und sichtbar gemacht: Frauen, die Politik gestalten, Wirtschaft prägen, Innovationen vorantreiben. Ich konnte dabei meinen Bereich „Startups & Innovation“ vertreten – vielleicht, weil ich selbst Unternehmerin bin. Oder weil ich mit dem Podcast Politik aufs Ohr seit einiger Zeit politische Themen auch auf anderen Wegen nach draußen bringe - das ist ja auch eine Art Innovation.

Initiatorin des Abends war unsere frauenpolitische Sprecherin Dr.in Tanja Meyer, die gemeinsam mit einem großartigen Team eine tolle Atmosphäre geschaffen hat. Ob bei guten Getränken oder vertiefenden Gesprächen: Der Abend zeigte, wie lebendig, mutig und zukunftsgerichtet feministische Politik in Niedersachsen heute ist und genau das wollten wir ja damit bewirken.

Ich habe in einem Impuls skizziert, warum die Innovationslandschaft mehr weibliche Perspektiven braucht. Noch immer sind weiblich geführte Startups unterrepräsentiert – obwohl gerade dort so viel Potenzial für nachhaltiges, soziales und inklusives Wirtschaften steckt. Mehr Förderung, mehr Sichtbarkeit, mehr Vernetzung – das waren zentrale Punkte aus den Gesprächen mit Gründerinnen und Unternehmerinnen an diesem Abend.

Ein echtes Highlight: Die fantastische Theresa Sperling, die mit ihrem Poetry Slam dem Abend Stimme und Tiefe verlieh. Und in vielen Ecken des Leineschlusses wurde genetzt, gelacht, geplant – und klar gesagt: Wir sind viele. Und wir Frauen wollen mehr als die Randnotiz. Wir wollen die Hälfte des Kuchens. Mindestens. Dieser Abend war ein Plädoyer für gelebte Gleichberechtigung –

nicht nur auf dem Papier, sondern im Alltag, im Berufsleben, in der Politik – im niedersächsischen Landtag! Und er war eine Erinnerung, dass wir noch

nicht am Ziel sind. Aber wir sind unterwegs – und das gemeinsam und beharrlich.





Sina vor Ort von Sina Beckmann

Berufliche Ausbildung als Schlüssel zur Energiewende

Mein Besuch mit Kultusministerin Julia Willie Hamburg in Wilhelmshaven

Als überzeugte Befürworterin der beruflichen Ausbildung (ich empfehle immer noch allen eine Ausbildung zur Hotelfachfrau 😊) war es mir eine besondere Freude, gemeinsam mit unserer Kultusministerin Julia Willie Hamburg die Ausbildungslandschaft in Wilhelmshaven zu erkunden. Unser Besuch bei Vynova, einem führenden PVC-Hersteller, zeigte uns nicht nur Einblicke in moderne Produktionsprozesse, sondern auch in die engagierte Ausbildung junger Fachkräfte.

Die Gespräche mit Auszubildenden von Vynova, Onyx und Uniper zeigten eindrucksvoll, wie praxisnahe Ausbildung und innovative Technologien Hand in Hand gehen können. Besonders beeindruckend war die Forderung nach einer eigenen Berufsschulklasse für Chemikanten in Wilhelmshaven, um den Ausbildungsweg für Jugendliche zu erleichtern und die Region als Ausbildungsstandort zu stärken.

Wilhelmshaven spielt eine zentrale Rolle bei der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Die hier ansässigen Unternehmen bilden die Fachkräfte aus, die die Herausforderungen der chemischen Industrie und der Energiewirtschaft von morgen annehmen.

Ministerin Hamburg betonte die Bedeutung einer starken beruflichen Bildung als Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie zeigte sich beeindruckt von der Flexibilität der beteiligten Unternehmen und versprach, die Landesregierung werde prüfen, wie sie diese Initiativen unterstützen könne.

Für mich war dieser Besuch ein klares Zeichen dafür, dass die berufliche Ausbildung nicht nur eine Alternative zum Studium ist, sondern ein gleichwertiger Weg, der junge Menschen auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Es ist an der Zeit, die berufliche Ausbildung zu stärken und ihr den Stellenwert zu geben, den sie verdient.



Das März-Plenum – Kurs auf Zukunft: Warum mir das maritime Recycling so wichtig ist

Das März-Plenum des Niedersächsischen Landtags stand ganz im Zeichen der Zukunft: Es ging um den Schutz unserer Küsten, den Ausbau des Radverkehrs, eine moderne Lehrkräfteausbildung und die Sicherheit unserer Deiche. Für mich persönlich war der Höhepunkt die abschließende Beratung und Verabschiedung unseres fraktionsübergreifenden Antrags zum nachhaltigen maritimen Recycling. Ein Thema, das ich über viele Monate intensiv mit vorbereitet habe – und das jetzt konkrete politische Wirkung entfalten kann.

Schiffe recyceln – aber richtig

Weltweit werden jedes Jahr hunderte Schiffe abgewrackt – meist unter menschenunwürdigen und umweltschädlichen Bedingungen in Südasien. Doch mit dem Inkrafttreten der internationalen Hongkong-Konvention im Juni 2025 ändern sich die Spielregeln. Wir haben jetzt die Chance, Niedersachsen als Standort für sicheres und ökologisch verantwortungsvolles Schiffsrecycling zu etablieren.

Unser Antrag setzt genau hier an: Wir fordern die Landesregierung auf, Genehmigungsverfahren für Wertstandorte zu vereinfachen, Forschung und Innovation im Bereich Recycling zu fördern und die maritime Wirtschaft beim Aufbau eines wettbewerbsfähigen Kreislaufsystems zu unterstützen. Das schützt nicht nur die Umwelt – es schafft auch

Perspektiven für regionale Arbeitsplätze und stärkt unsere industrielle Basis.

Mehr Bewegung, mehr Lebensqualität: Radverkehr voranbringen

Ein starkes Zeichen wurde auch für den Radverkehr gesetzt. Mit dem Antrag „Niedersachsen tritt in die Pedale“ bekennen wir uns zum Ziel, unser Land zum Fahrradland Nummer 1 zu machen. Bis 2030 soll der Radverkehrsanteil auf mindestens 25 Prozent steigen – durch mehr und bessere Radwege, eine intelligente Verknüpfung mit Bus und Bahn und sichere Schulwege. Auch bestehende Wege, etwa Wirtschafts- und Waldwege, sollen stärker in den Alltagsradverkehr eingebunden werden. Das ist nicht nur gut für den Klimaschutz, sondern auch für die Mobilität im ländlichen Raum.

Sicherer Schutz bei Hochwasser: Deichgesetz wird modernisiert

Auch der Küstenschutz wurde im Plenum gestärkt – mit dem Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Deichgesetzes. Die Gesetzesnovelle soll die Zuständigkeiten der Deichbehörden klarer regeln, Planungsprozesse beschleunigen und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Land und Verbänden verbessern. Gleichzeitig wird die Finanzierung von Deichbaumaßnahmen transparenter und planbarer gestaltet. Das ist für uns an der Küste und

auch aufgrund zunehmender Extremwetterereignisse längst überfällig, um Mensch und Infrastruktur besser zu schützen.

Gegen den Lehrkräftemangel: Ausbildung neu gedacht

Ein inhaltlich starkes Signal ging auch in Richtung Bildungswesen. Mit unserem rot-grünen Antrag „Lehrkräfteausbildung praktisch und vernetzt denken“ wollen wir die Qualität in der Ausbildung erhöhen und dem dramatischen Fachkräftemangel im Schulbereich begegnen. Geplant ist unter anderem die Einführung eines Quereinstiegs-Masterstudiengangs, ein stärkerer Praxisbezug im Studium und eine Neustrukturierung des Lehramts für Haupt- und Realschulen zur Sekundarstufe I. So wollen mehr Menschen für den Lehrerberuf gewinnen – und dabei den Einstieg so attraktiv und zukunftsfähig wie möglich zu gestalten.



Link zu meiner Rede zum Schiffsrecycling im Plenar-TV



Link zum Antrag „Stärkung der maritimen Wirtschaft durch nachhaltiges Schiffsrecycling“



Ein Friese wird Ministerpräsident – Rückblick auf ein besonderes Mai-Plenum im Landtag



Dieses Mai-Plenum war alles andere als Routine. Es war ein politischer Einschnitt, irgendwie auch ein Neuanfang – und für mich ein Moment der Freude. Denn: Niedersachsen hat seit dem 20. Mai einen neuen Ministerpräsidenten – und er kommt aus Friesland!

Mit 80 von 143 Stimmen (also alle Stimmen von rot/grün) wählte der Landtag Olaf Lies zum neuen Regierungschef. Für mich als Friesin ist das ein starkes Zeichen: Unsere Region ist nicht nur landschaftlich schön, sondern auch politisch richtig wichtig. Olaf Lies, der viele Jahre als Wirtschafts- und auch Umweltminister gewirkt hat, bringt Erfahrung, Bodenhaftung und Zukunftsblick mit. Wir kennen ihn ja. Und in seiner ersten Regierungserklärung machte er deutlich: Niedersachsen soll mit massiven Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Klimaschutz fit für die kommenden Jahrzehnte gemacht werden. Ich finde das richtig und wir werden gemeinsam als rot-grüne Koalition diese Pläne mit gestalten.

Nach all der Aufregung am Dienstag und Mittwoch, ging es Donnerstag für mich spannend weiter: es ging um einen Antrag, der mir besonders am Herzen liegt – weil ich ihn selbst mit initiiert und inhaltlich eng begleitet habe: „Startups und Gründungskultur in Niedersachsen stärken, verankern und Innovationen fördern“.

In meiner Rede habe ich deutlich gemacht: Startups sind keine Nischenprojekte oder hippe Spielwiesen. Sie sind der Mittelstand von morgen – sie

schaffen Arbeitsplätze, treiben den Klimaschutz voran, entwickeln digitale Lösungen und bringen Schwung in verstaubte Strukturen. Und sie gehören nicht nur nach Berlin oder München – sie gehören auch nach Sande, Büppel und nach Bockhorn!

Mit dem Antrag setzen wir uns unter anderem dafür ein,

- dass Hochschulabsolvent*innen einfacher gründen können,
- dass Social und Green Startups gezielt gefördert werden,
- dass Bürokratie abgebaut und Digitalisierung vorangetrieben wird,
- und dass die Startup-Förderung auch im ländlichen Raum ankommt.

Das ist echte Wirtschaftspolitik von morgen – und ein wichtiges Zeichen dafür, dass Niedersachsen sich seiner Innovationskraft bewusst ist. Jetzt geht der Antrag in die parlamentarische Beratung und ich freue mich dann hoffentlich im Herbst auf die endgültige Beschlussfassung.

Ein weiterer bedeutender Moment im Plenum war die erste Beratung eines Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Niedersächsischen Verfassung. Was ich so toll finde: SPD, Grüne und CDU haben gemeinsam vorgeschlagen, den Schutz jüdischen Lebens und den Kampf gegen Antisemitismus als Staatsziel zu verankern. Wirklich ein starkes Zeichen! Gleichzeitig soll der Bezug Niedersachsens zur Europäischen Union klarer und positiver herausgestellt werden. Für mich ist das ein mächtiges Signal in Zeiten, in denen demokratische und europäische

Werte leider nicht mehr selbstverständlich sind. Unsere Verfassung soll Haltung zeigen – und genau das tut sie mit diesem Vorschlag.

Als Fraktion haben wir außerdem gemeinsam mit der SPD den Antrag eingebracht, den landesweiten Biotopverbund in Niedersachsen zu stärken. Damit wollen wir erreichen, Lebensräume für Tiere und Pflanzen besser zu vernetzen – um so einen wichtigen Beitrag gegen das Artensterben zu leisten. Biodiversität ist keine grüne Kür, sie ist Grundvoraussetzung für stabile Ökosysteme, fruchtbare Böden und gesunde Landschaften – gerade auch in agrarisch geprägten Regionen wie Friesland.

Ein weiteres Thema, das viele Familien betrifft, war der Antrag zu Handys, Smartphones und Smartwatches an Schulen. Gemeinsam mit der SPD wollen wir einen klaren, pädagogisch sinnvollen Rahmen für die Nutzung dieser Geräte erarbeiten. Es geht dabei nicht um Verbote, sondern um Verlässlichkeit, Schutz und Medienkompetenz. Mein Kollege Pascal Mennen, bildungspolitischer Sprecher unserer Fraktion, hat den Antrag mit großem Engagement begleitet. Ihm war wichtig zu betonen: Wir brauchen Regeln, aber auch Vertrauen in Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte. Schulen sollen Raum geben für digitale Bildung – aber auch für digitale Ruhe.

Dieses Mai-Plenum war anders und aufregend. Wir haben einen neuen Ministerpräsidenten gewählt – mit Olaf Lies jemanden, der die Menschen kennt, zuhört und handelt. Wir haben unsere Startup-Politik neu aufgestellt, Haltung gegen Antisemitismus gezeigt, Biodiversität geschützt, Bildung in digitalen Zeiten weitergedacht und noch so viel mehr beschlossen. Wenn ihr mögt, könnt ihr euch die Landtagsdebatten auch jetzt noch im Netz anschauen – ich finde, es lohnt sich.



Link zum Plenar-TV



Ein Jahr „Politik aufs Ohr“ – ein Podcast zwischen Küchentisch, Kneipe und Heizungskeller

Über ein Jahr ist es her, dass wir die Idee hatten, einen eigenen Podcast auf die Beine zu stellen. Nach kurzer Beratung und nicht mal zwei Telefonaten war klar: Wir machen das. Mit wenig Technik, ein bisschen Vorbereitung und viel Euphorie ging's los. Die erste Folge hieß „Der Weg in die Politik“ und erschien am 28.04.2024.

Und dabei ist es nicht geblieben.

Inzwischen sind über 60 Episoden veröffentlicht – ergänzt durch Sonderformate wie den „Politik aufs Ohr – Kneipentalk“ und die „Küchentisch-Edition“, inspiriert von Robert Habeck. Diese Formate erlauben uns noch einmal andere Perspektiven und Gesprächsatmosphären – direkter, persönlicher, manchmal auch kontroverser.

Aufgenommen haben wir an den unterschiedlichsten Orten: im Heizungskeller, als es um das Heizungsgesetz ging, in der fahrenden Bahn, während eines Parteitags der Grünen in Gifhorn oder im Gewächshaus. Wir hatten viele Gäste, die uns neue Einblicke gegeben haben – und von denen wir viel lernen durften.

Zu Gast waren zum Beispiel Vania Haase, die fast über Nacht die SOS-Ukraine-Hilfe auf die Beine ge-

stellt hat, oder Lars Klein, der das Nationalparkhaus in Dangast leitet und spannende Einblicke darüber gegeben hat, wie er Menschen im Umgang mit Tier und Natur sensibilisiert.

Was viele nicht wissen: Unser Podcast wird inzwischen in über 40 Ländern gehört – unter anderem in den Vereinigten Staaten, in Schweden, Norwegen, Spanien, der Schweiz und Frankreich. Er ist verfügbar auf nahezu allen gängigen Plattformen wie Spotify, Apple Podcasts, Amazon Music, YouTube, RTL+ und Podimo – kurzum: überall dort, wo es Podcasts gibt.

Was uns besonders wichtig ist: Wir begleiten jede Folge mit einem ausführlichen Beitrag auf unserer Website. Dort sammeln wir alle Quellen, Links und weiterführenden Informationen – oft noch detaillierter, als es in der Podcast-Folge selbst möglich ist. Im vergangenen Jahr sind allein über Google mehr als 13.000 Menschen auf unsere Website aufmerksam geworden – ein schönes Zeichen dafür, dass gründliche Recherche und Transparenz geschätzt werden.

Jede Episode bedeutet intensive Vorbereitung: gründliche Recherche, Schnitt der Tonspuren, begleitende Grafiken sowie Videomaterial – denn ge-



rade unsere Sonderformate werden zusätzlich mit bis zu vier Kameraperspektiven gefilmt. Aus diesen Aufnahmen und den mitgeschnittenen Videospuren der Podcastfolgen entstehen wöchentlich bis zu fünf kurze Minitrailer, die auf unsere aktuelle Episode aufmerksam machen. Allein auf YouTube erreichen wir mit diesen Ausschnitten Tausende von Menschen.

Was uns besonders freut: das Feedback. Wir erhalten regelmäßig E-Mails, Sprachnachrichten und Kommentare zu unseren Folgen. Natürlich wird unsere Meinung nicht immer geteilt – aber genau darum geht es auch nicht. Wir wollen mit Menschen ins Gespräch kommen – das ist unser Ziel.

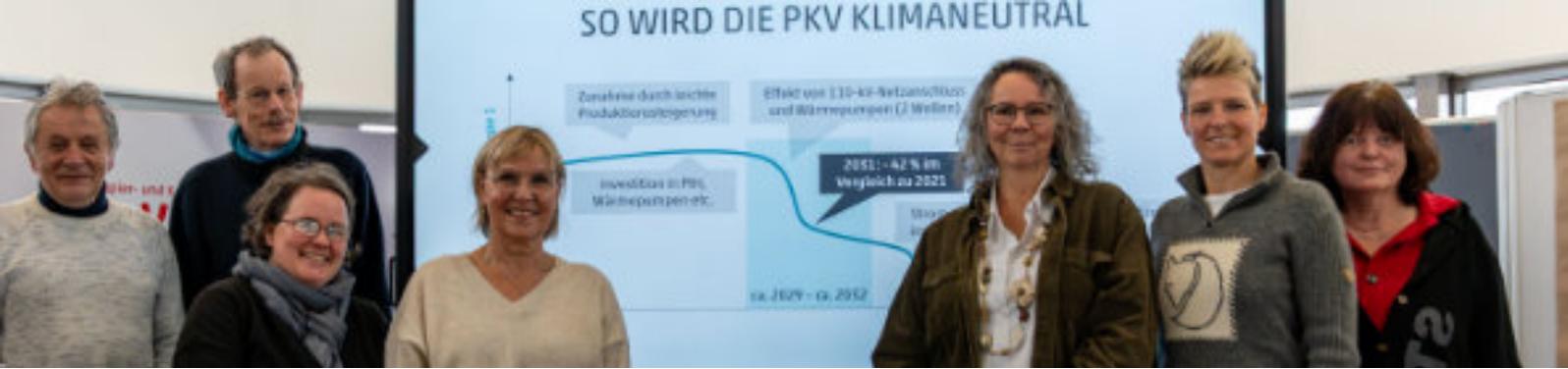
Der Podcast ist längst ein fester Bestandteil unserer Woche geworden. Auch in meiner Babypause war schnell klar, dass wir früher ans Mikro zurückkehren wollen als geplant – unsere stetig wachsende Hörerschaft nicht einfach warten zu lassen, war uns ein Anliegen.

Wir sind zu finden auf Facebook, Instagram, TikTok und YouTube. Was als spontane Idee begann, ist heute eine Plattform für politischen Austausch – mit Tiefgang, Haltung und einem klaren Ziel: Politik verständlich, zugänglich und ehrlich zu machen.



Link zur Webseite von „Politik aufs Ohr“





Varel von Sigrid Busch

Besuch der Papier- und Kartonfabrik Varel

Regionale Wertschöpfung trifft Transformation

Es ist ein kühler, klarer Vormittag, als sich eine Gruppe engagierter Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen an der Pforte der Papier- und Kartonfabrik Varel (PKV) trifft. Treffpunkt war wie verabredet das Werkstor an der Hellmut-Barthel-Straße, gekennzeichnet mit dem Schild „Tor 1“. Als Martina, Renate und ich etwa zehn Minuten vor der Zeit eintrafen, standen bereits die ersten Teilnehmenden am Pförtnergebäude und warteten gespannt auf den Beginn der Exkursion. Viele waren aus Varel, aber auch aus dem Kreisgebiet waren Teilnehmende dabei – neugierig, interessiert und voller Fragen.

Nach einer freundlichen Begrüßung und der Ausgabe von Warnwesten, Schutzbrillen und Gehörschutz begann der Rundgang – nicht ohne einen Hinweis auf die Sicherheitsvorgaben: geschlossenes Schuhwerk, kein sichtbarer Schmuck, Rauch- und Alkoholverbot auf dem gesamten Gelände. Auch die Führung selbst hatte es in sich: Über Treppen und Gitterroste, durch dampfig-warme Hallen und vorbei an mächtigen Maschinen legten wir mindestens 1,5 Kilometer zu Fuß zurück – ein echtes Industrieerlebnis.

Doch was folgte, war weit mehr als ein informativer Betriebsrundgang: Es war eine Begegnung mit einem Unternehmen im Wandel – und ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie industrielle Innovation und regionale Verantwortung zusammengehen können.

Schon beim Eintreffen fällt auf: Die Dimensionen des Geländes sind beeindruckend. 850.000 Tonnen Papier und Karton werden hier jährlich aus Altpapier produziert. Doch das ist nur die sichtbare Hülle. Dahinter arbeitet ein hochkomplexes System, das sich klar in Richtung Klimaneutralität und Ressourcenschonung bewegt.

Im Mittelpunkt unserer Gespräche mit der Werksleitung und dem Pressesprecher Sönke Klug steht aber nicht nur die Technik – obwohl auch sie fasziniert –, sondern die Frage, was das alles mit uns als Stadtgesellschaft zu tun hat. Wie kann eine Papierfabrik nicht nur CO₂-Emissionen senken, sondern auch Teil eines ökologischen und sozialen Wandels in der Region sein?

Sönke erklärt uns: Ein zentrales Thema ist die regi-

onale Wertschöpfung. Die PKV beschäftigt rund 600 Mitarbeitende, viele davon aus Varel und dem Umland. Tarifbindung, Weiterbildung und langfristige Arbeitsplatzsicherung sind hier keine Floskeln, sondern gelebte Realität. Investitionen in Technik und Energieinfrastruktur – wie den geplanten 110-kV-Stromanschluss oder das eigene Waste-to-Energy-Kraftwerk – dienen nicht nur der Emissionsreduktion, sondern stärken den Industriestandort. Sie binden Fachkräfte, sichern Einkommen und bieten jungen Menschen Perspektiven.

Gleichzeitig öffnet sich das Unternehmen zunehmend nach außen. Ehrenamtliches Engagement von Mitarbeitenden wird unterstützt, Kooperationen mit Schulen und Initiativen gepflegt, Dialogformate mit der Stadtgesellschaft ausgebaut. Nachhaltigkeit wird nicht nur im technischen, sondern auch im gesellschaftlichen Sinne verstanden. Für uns Grüne ist das ein entscheidender Punkt:

Transformation gelingt nicht im stillen Kämmerlein, sondern nur gemeinsam.

Die Gespräche waren offen, kritisch und konstruktiv. Es wurde deutlich: Die PKV sieht sich nicht als abgekapselte Industrieinsel, sondern als Teil eines größeren Ganzen. Der Weg zur Klimaneutralität ist kein einfacher, aber er wird in Varel nicht nur technisch, sondern auch gesellschaftlich gestaltet.

Wir nehmen viele Eindrücke mit. Vor allem aber die Erkenntnis: Regionale Wertschöpfung ist mehr als Wirtschaftskraft. Sie ist soziale Verantwortung, kulturelle Verankerung und ökologische Verpflichtung zugleich.

Die PKV zeigt, wie das gelingen kann – und wir als Grüne werden diesen Prozess weiterhin kritisch, konstruktiv und mitgestaltend begleiten.

Stimmen der Teilnehmer

Martina Esser: „Als Vertreterin in der EWE und EWE-Netz hat mich der enorme Energiebedarf beeindruckt. Der Verbrauch entspricht 1/4 des Gesamtstrombedarfs der Stadt Oldenburg mit Privathaushalten, Gewerbe und Industrie. Das ist gewaltig. Um so bedeutender ist es, dass PKV sich seiner Verantwortung bewusst ist und das Thema Dekarbonisierung des Unternehmens vorantreibt“

Linn Söderberg-Szymanski: Ich bin beeindruckt, wie viel Wert die PKV auf Nachhaltigkeit und Effizienz in der Produktion legt und wie offen und gerne sie darüber in den Austausch treten. Ich wünsche mir diese kreative Neugierde in Zukunft auch im Bereich Familiengerechter Betrieb. Vielleicht können sie ja auch in diesem Bereich Vorreiter werden?

Renate Brand: Vor drei Jahren sind wir nach Varel gezogen. Auf dem Weg zu unserer Haustür sehen wir einen Teil des PKV-Geländes und vor allem einen riesigen Schornstein. Glücklicherweise entweicht ihm Wasserdampf und nicht dunkler Rauch, wie ich ihn in Duisburg reichlich kennengelernt habe. In diesem Jahr boten die Varelener Grünen eine Besichtigung der Papier- und Kartonfabrik an. Da wollte ich natürlich dabei sein. Schon beim Einführungsvortrag in einen hellen, freundlichen Besprechungsraum fiel mir die Offenheit auf, mit der die heute anstehenden Probleme, wie Energieeinsparung, CO₂-Neutralität, Azubigewinnung etc. gesprochen wurde. Der Energieverbrauch pro Tonne Fertigprodukt liegt heute schon weit unter dem der Papierindustrie. Kohlendioxidfrei will man spätestens bis 2045 produzieren. Dieser Besuch hat mich positiv hinsichtlich der grünen Ziele gestimmt. Es geht doch!

Christoph Schmidt: „Kartonverpackung ist mir lieber als Plastik – die PKV Varel kümmert sich mit Rolf Bauer und Ralf Schu um die Zukunft für Mensch und Natur und hat keine Angst vor Mühen und Aufwand. Sie ist mit einer Recyclingquote von Altpapier nahe 100 % und mit ihrer eigenen Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität, betont aber: „Geschwindigkeit benötigt Unterstützung auf allen politischen Ebenen!“

Tim Frerichs: Mich hat es sehr beeindruckt, dass Nachhaltigkeit das Ziel ist, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Sigrid Busch: „Mich beeindruckt, wie ernst die PKV ihre Verantwortung für Klima und Region nimmt. Die Verbindung von technischer Innovation, sozialer Verantwortung und regionaler Verwurzelung zeigt, dass ein echter Wandel möglich ist – und zwar hier bei uns in Varel.“

„Wir müssen Kinder besser schützen – offline wie online“

Wenn ich an meine Arbeit im Landtag denke, dann sind es oft die leiseren Gespräche, die mir lange im Kopf bleiben: Mit einer Schulsozialarbeiterin, die erzählt, wie Kinder aus armutsbelasteten Familien nach den Ferien mit Sorge wieder zur Schule kommen. Oder mit Mitarbeitenden einer Beratungsstelle, die täglich erleben, wie komplex Kinderschutz in der Praxis ist – und wie viele Hürden es noch gibt, damit Hilfe wirklich bei den Kindern ankommt.

Diese Gespräche sind für mich als sozialpolitische Sprecherin keine Nebensache. Sie sind der Ausgangspunkt. Denn Politik, die den Anspruch hat, Kinder zu schützen und ihre Chancen zu verbessern, muss auf das hören, was an der Basis passiert.

Kinderschutz braucht ein Gesetz

Seit Monaten arbeiten wir in der Koalition an einem umfassenden Kinderschutzgesetz für Niedersachsen. Der Antrag dazu liegt vor und ist das Ergebnis vieler Debatten, Anhörungen und fachlicher Rückmeldungen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen,

dass Kinderschutz in Niedersachsen verbindlich, wirksam und flächendeckend geregelt ist.

Was heißt das konkret?

Das Land soll künftig nicht nur einzelne Projekte fördern, sondern dauerhaft Beratungsstellen, Kinderschutzzentren und spezialisierte Anlaufstellen wie die forensischen Ambulanzen absichern. Besonders wichtig ist mir die Idee einer Landeskoordinierungsstelle, die Schulen, Kitas und Jugendhilfeträger bei der Entwicklung guter Schutzkonzepte unterstützt.

Wir fordern außerdem: Beteiligungsrechte für Kinder in die Verfassung. Denn wer Kinder schützt, muss sie auch ernst nehmen – als eigenständige Subjekte mit Rechten und Perspektiven.

Schutz in sozialen Medien – neue Herausforderungen

Ein anderer Aspekt, den wir stärker in den Blick

nehmen: der digitale Raum. Mit dem Antrag „Kinder in den sozialen Medien schützen“ wollen wir eine Debatte anstoßen, die überfällig ist. Denn was heute auf YouTube oder Instagram passiert, hat längst Auswirkungen auf das Leben von Kindern – vor allem, wenn sie Teil des Geschäftsmodells ihrer Eltern sind.

Familien-Influencing ist ein boomender Markt. Kinder tauchen in Werbeclips auf, tragen Markenprodukte, erzählen vor laufender Kamera von ihrem Alltag. Was fehlt, sind klare Regeln, die das Kindeswohl in den Vordergrund stellen.

Wir schlagen deshalb vor, dass – ähnlich wie in Frankreich – die Mitwirkung von Kindern an Social-Media-Inhalten genehmigungspflichtig wird, dass ein Teil der Einnahmen für sie gesichert wird, und dass Beiträge, die ihre Privatsphäre verletzen, verboten werden.

Es geht nicht darum, Eltern zu misstrauen. Aber es geht darum, Verantwortung zu übernehmen – auch politisch.

Kinderarmut: Strukturen verändern, nicht nur Symptome lindern

Ein drittes großes Thema, das wir derzeit im Sozialausschuss bewegen, ist die strukturelle Armutsprävention. Derzeit erarbeiten wir einen Antrag, der die verschiedenen Programme im Land – von den Frühen Hilfen über das Startchancen-Programm bis hin zu kommunaler Sozialplanung – besser verzahnen soll.

Viele Kommunen leisten gute Arbeit, aber oft fehlt es an Ressourcen oder klaren Datengrundlagen. Deshalb wollen wir eine integrierte Strategie entwickeln, die Prävention ernst nimmt – nicht erst, wenn es brennt.

Dazu gehört auch, auf Bundesebene zu fordern, dass soziale Infrastruktur gezielt ausgebaut wird – dort, wo Familien leben: in Stadtteilen, auf dem Land, in Schulen, in Jugendzentren.

Was mich antreibt

All diese Themen sind keine Nebenschauplätze. Sie sind Kernaufgaben, wenn wir eine gerechte und kinderfreundliche Gesellschaft wollen. Als Sozialpolitikerin arbeite ich oft im Hintergrund – in Anhörungen, mit Verbänden, im Austausch mit Kolleg*innen aus anderen Bundesländern.

Das ist manchmal mühsam, oft langsam – aber es lohnt sich. Denn wenn wir die Perspektive von Kindern in unsere politischen Entscheidungen einbeziehen, verändert sich der Blick: weg von Symptombekämpfung, hin zu echter Vorsorge.



Bild: Hey Elli Fotografie

Swantje Schendel ist grüne Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Braunschweig-Nord. Sie ist Sprecherin für Sozialpolitik, Queerpolitik, Kinder, Jugend, Familie und Senior*innen

Glasfasertag in Friesland: Digitalisierung erleben und gestalten

Der Glasfasertag in Friesland war für mich ein beeindruckendes Erlebnis, das gezeigt hat, wie wichtig die Bedeutung der Digitalisierung für unsere Region ist. Besonders war die Übergabe eines Förderbescheids in Höhe von über 21 Millionen Euro durch das Niedersächsische Wirtschaftsministerium. Diese Mittel ergänzen die bereits im Vorjahr zugesagten 42,7 Millionen Euro vom Bund, sodass nun insgesamt etwa 63,8 Millionen Euro für den Breitbandausbau in Friesland bereitstehen. Der Landkreis selbst investiert zusätzlich rund 21,2 Millionen Euro, wodurch sich das Gesamtvolumen dieses Infrastrukturprojekts auf beeindruckende 85 Millionen Euro beläuft. Das unterstützen wir als Kreistagsfraktion ausdrücklich.

Mit diesen Investitionen wird der Glasfaserausbau in Friesland weiter vorangetrieben. Derzeit haben etwa 69 Prozent der Haushalte in Friesland Zugang zu gigabitfähigen Glasfaseranschlüssen – nahezu doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Mit den neuen Fördermitteln soll dieser Anteil auf 79 Prozent steigen. Insgesamt werden dann über 5.000 bislang unterversorgte Haushalte sowie rund 450 gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe an das schnelle Netz angeschlossen.

Besonders beeindruckend waren die Besuche bei der Berufsbildenden Schule (BBS) in Jever und der Firma Da-TEC in Varel. An der BBS Jever konnten wir live erleben, wie digitale Technologien in der Ausbildung eingesetzt werden. Die Schülerinnen und Schüler zeigten uns ihre Projekte, bei denen sie beispielsweise Bauteile mittels 3D-Drucker erstellten. Diese tolle Verbindung von Handwerk und Digitalisierung zeigt, wie wichtig moderne Infrastruktur für die Ausbildung junger Menschen ist. Wunderbar, dass wir das in Friesland fördern.

Bei Da-TEC, einem innovativen Handwerksbetrieb in Varel, wurde deutlich, wie digitale Tools die Arbeit erleichtern und effizienter gestalten können. Der Betrieb nutzt moderne Technologien, um ressourcenschonender und umweltfreundlicher zu arbeiten. Solche Beispiele zeigen mir, dass Digitalisierung nicht nur in großen Unternehmen, sondern auch im Handwerk einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit leistet.

Der Glasfasertag verdeutlicht, wie wichtig eine leistungsfähige digitale Infrastruktur für unsere Region ist. Sie ist die Grundlage für Bildung, Wirtschaft und gesellschaftliche Teilhabe. Ich bin stolz darauf, dass wir in Friesland gemeinsam mit Land, Bund und engagierten Unternehmen diesen Weg gehen und unsere Heimat fit für die digitale Zukunft machen.





Foto: © Kemmi1, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Jever von Oliver de Neidels

Rats-TV in Jever – Grüner Einsatz für mehr Transparenz zahlt sich aus

Was lange währt, wird endlich transparent: In der letzten Ratssitzung hat der Stadtrat den Weg freigemacht für ein Projekt, das die Grünen in Jever seit Jahren mit viel Ausdauer und Überzeugungskraft verfolgen – die Liveübertragung von Ratssitzungen. Mit der beschlossenen Änderung der Hauptsatzung ist es nun offiziell: Ab dem 3. Juli 2025 können Bürgerinnen und Bürger die Sitzungen des Rates bequem von zuhause aus im Livestream verfolgen. Ein echter Meilenstein für die politische Teilhabe in der Marienstadt.

Der Ursprung dieses Erfolgs reicht zurück bis ins Jahr 2021, als die Ratsmehrheit von SPD und Grünen gemeinsam einen Antrag auf Streaming der Sitzungen einbrachten. Damals war das für viele noch Zukunftsmusik – heute ist es Realität.

„Ich freue mich riesig, dass unser beharrlicher Einsatz endlich Früchte trägt“, erklärt Sina Beckmann, Initiatorin des Antrags und Mitglied der Grünen Ratsfraktion. „Mit dem Livestreaming öffnen wir die Türen des Rathauses für alle – und stärken so das Vertrauen in unsere demokratischen Prozesse.“

Auch das grüne Ratsmitglied Karl Oltmanns begrüßt die Entscheidung: „Es ist ein großer Schritt, dass nicht mehr nur die Bürgerinnen und Bürger ins Rathaus kommen müssen, um Ratssitzungen zu verfolgen – jetzt kommt der Rat auch in die Wohnzimmer der Menschen. Das schafft mehr Öffentlichkeit, mehr Transparenz – und das ist gelebte Demokratie.“

Bis zur finalen Beschlussfassung war es ein weiter Weg: technische Fragen, rechtliche Hürden und eine Satzungsänderung mussten vorbereitet und geklärt werden. Dass der Stadtrat diesen Schritt nun gemeinsam geht, zeigt, dass sich in Sachen Bürgernähe etwas bewegt.

„Transparenz ist das Fundament einer lebendigen Demokratie“, betont Oliver de Neidels, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stadtrat. „Indem wir die Sitzungen streamen, ermöglichen wir es allen Interessierten, politische Entscheidungen unmittelbar mitzuerleben – auch denen, die sonst aus Zeitgründen oder familiären Verpflichtungen nicht vor Ort sein können.“

Die erste gestreamte Sitzung ist für den 3. Juli geplant. Wer sie verpasst, kann sie im Nachgang weiterhin ansehen – bis zur Genehmigung des Protokolls der nächsten Ratssitzung bleibt das Video online abrufbar. Die Stadt Jever schafft damit nicht nur mehr Transparenz, sondern auch echte Zugänglichkeit.

Mit dem Streaming der Ratssitzungen hat die Grünen-Fraktion einen wichtigen Impuls für eine moderne, offene und bürgernahe Kommunalpolitik gesetzt. Die Digitalisierung der Ratsarbeit ist für sie kein Selbstzweck – sondern ein konkreter Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie.

Ein weiterer Punkt ist uns allerdings weiterhin wichtig: Auch das Streaming der Ausschusssitzungen war Teil unseres Antrags. Leider wurde dieser Teil mit dem aktuellen Beschluss noch nicht umgesetzt. Wir bleiben dran – für noch mehr Transparenz in der kommunalen Entscheidungsfindung.



Wangerooge von Sina Beckmann

Wangerooge sucht neue Rathauspitze – Bewerbungsflut für Bürgermeisteramt

Seit dem Rücktritt von Bürgermeister Marcel Fangohr im Herbst 2023, der nach Differenzen mit dem Gemeinderat erfolgte, ist das Bürgermeisteramt auf Wangerooge vakant. Die rund 1.100 Einwohnerinnen und Einwohner zählende Inselgemeinde im Landkreis Friesland steht seither vor der Herausforderung, eine geeignete Nachfolge zu finden. Übergangsweise führt Kurdirektorin Rieka Beewen mit großem Engagement als 1. Vertreterin die Amtsgeschäfte.

Um eine neue Verwaltungsspitze zu gewinnen, haben die im Gemeinderat vertretenen Parteien – CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen – gemeinsam eine bundesweite Stellenausschreibung auf den Weg gebracht. Die Resonanz war beachtlich: Bis zum vorgezogenen Bewerbungsschluss am 1. Juni 2025 gingen knapp 500 Bewerbungen ein – ein deutliches Zeichen für das hohe Interesse an einer verantwortungsvollen Position mitten im UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer.

Der Auswahlprozess ist mehrstufig: Nach einer ersten Sichtung wurden zahlreiche Bewerber*innen

zu Videokonferenzen eingeladen. In der nächsten Runde sollen ausgewählte Kandidatinnen und Kandidaten persönlich auf die Insel kommen. Ziel ist es, nach Pfingsten eine gemeinsame Wahlperson zu benennen, die am 17. August 2025 von allen drei Fraktionen unterstützt wird.

Die neue Rathauspitze wird mit zentralen Aufgaben betraut sein: Sie muss die Gemeindeverwaltung leiten, finanzielle und personelle Prozesse steuern und die Gemeinde repräsentieren. Doch darüber hinaus geht es um viel mehr: Küstenschutz, touristische Infrastruktur, Verkehrsanbindung – das alles sind Themen mit existenzieller Bedeutung für die Insel.

Wangerooge lebt vom Tourismus. Damit Gäste auch in Zukunft gerne und nachhaltig anreisen, braucht es klare Konzepte für klimafreundliche Mobilität, Aufenthaltsqualität und bezahlbaren Wohnraum für Beschäftigte. Hinzu kommt: Die Fährverbindung ist ein sensibles Nadelöhr – die Fahrinne muss regelmäßig aufwendig ausgebaggert werden, was hohe Kosten verursacht und immer wieder zur

Diskussion steht. Auch hier braucht es politische Kraft und gute Kontakte zu Land und Bund.

Und nicht zuletzt der Küstenschutz: Als ostfriesische Insel ist Wangerooge massiv vom steigenden Meeresspiegel und von Sturmfluten bedroht. Die neue Bürgermeisterin oder der neue Bürgermeister muss sich mit aller Kraft für den Erhalt und Ausbau des Schutzes einsetzen – zum Wohle der Menschen, der Natur und der zukünftigen Generationen.

Bündnis 90/Die Grünen Wangerooge setzen sich dafür ein, dass der Auswahlprozess transparent, partizipativ und auf die langfristige Entwicklung der Insel ausgerichtet ist. Die hohe Beteiligung zeigt: Gute Kommunalpolitik ist gefragt – gerade dort, wo sich globale Fragen in aller Deutlichkeit vor Ort zeigen.

Und es gibt doch Licht am Ende des Tunnels? Mein Start bei den Grünen Friesland/Varel

Krieg, Flutkatastrophen, Dürren und wo sind eigentlich die ganzen Insekten, die es in der Kindheit noch gewagt haben, die Autos mit ihren kleinen schwarzen Körpern so dreckig zu machen? Seltsam, oder? Als Erstes denken wir an unseren Mehrwert, statt die Natur zu respektieren, wie wir unsere eigenen Interessen priorisieren. Notwendige Veränderung beginnt im Kopf und der braucht dafür Informationen damit wir schlauer mit unserer „kleinen blau-grünen Kugel“ umgehen. Oder wann hat sich unsere Wahrnehmung so verändert, dass wir ein Lieferkettenproblem besser verstehen als die Natur, die unserem Abbau nicht hinterherkommt? Beweise? Überall!

So kam es, dass ich mich entschieden habe, aktiv zu werden, anstatt von Krisen gelähmt den Kopf in den Sand zu stecken. Also los: Laptop auf und „Mitglied werden bei den Grünen“ gesucht, angemeldet, fertig. So, Welt gerettet oder? Noch nicht, aber das erste Mitgliedertreffen stand an! Und dann: Ganz normale Menschen – naja, fast ... alle sind etwas offener und freundlicher und niemand mit einer

Sonnenblume in der Hand. „Bin ich richtig hier?“, kam mir in den Kopf und ich erwischte mich in Vorurteilen. Danach war es aber schnell so, als würde ich gute Freunde treffen – in einer gemütlich warmen Umgebung, ein Getränk in der Hand und spannende Themen auf dem Tisch. Ich merke, es könnte eine richtig gute Entscheidung gewesen sein, Politik nicht nur zu konsumieren wie bitteren Sanddornsaft (nicht mein Geschmack, aber gesund – sagt man), sondern sich für Menschen und Natur selbstwirksam in ein großes Team einzubringen.

Dann der nächste Termin: Papier- und Kartonfabrik Varel (PKV) – sofort kommt mir der enorme Energieverbrauch und gebrauchte Pizzakartons in den Kopf. Rolf Bauer, einer der zwei CEOs der PKV, gibt die Führung selbst, beantwortet alle Fragen. Und wie in jeder Präsentation versteckt sich das Wichtige und Kritische hinter dem Gezeigten, dachte ich mir. Doch, wie ich feststellen musste, wird Klimaneutralität dort sehr großgeschrieben und es werden viele Millionen investiert, um dieses Ziel zu erreichen.

Folgend wurde mir die Möglichkeit angeboten, die Landesdelegiertenkonferenz in Celle zu besuchen. Aus allen Kreisverbänden der Landkreise Niedersachsens kamen gewählte Delegierte zusammen, natürlich auch unserem Kreisverband Friesland. Dort wurden Vorsitzende für Niedersachsen gewählt, Spannungsfelder diskutiert, Erfolge gefeiert und unsere mögliche Zukunft diskutiert und aufgezeigt. Franziska Brandner blieb mir gut im Gedächtnis, weil sie berichtete, dass wir Grünen dafür gesorgt haben, dass das neue Schuldenpaket gezielt für Investitionen genutzt wird.

Bundestagswahl mit oder ohne Schwankungen – unsere Verantwortung für Friesland habe ich dabei erkannt! Somit kann ich abschließend sagen: Ja, es gibt Licht am Ende des Tunnels und ja, gebrauchte Pizzakartons kommen in die Altpapiertonne! 🍕





Podcast von Sina Beckmann

Politik aufs Ohr trifft Politiknerds – Zwei Formate, ein Ziel: Politik hörbar machen

Wer Podcasts liebt, kennt dieses Gefühl: Man hört ein spannendes Gespräch, denkt sich „Genau so müsste Politik öfter klingen“ – und klickt direkt auf „Abonnieren“. Genau so ging es mir, als ich zum ersten Mal in den Podcast „Politiknerds“ vom Rundblick reingehört habe. Umso cooler, dass wir – Manuel von Heugel und ich – jetzt selbst zu Gast dort sein durften!

Im Studio in Hannover haben wir mit Moderator Niklas Kleinwächter über unsere gemeinsame Leidenschaft gesprochen: politisches Podcasten. Warum machen wir das eigentlich? Was treibt uns an? Und wie schafft man es, politische Inhalte so zu erzählen, dass sie weder staubtrocken noch oberflächlich sind?

Natürlich ging's auch um unseren eigenen Podcast „Politik aufs Ohr“: wie wir Themen finden, warum wir auch mal mit Menschen diskutieren, die völlig anders ticken als wir – und was passiert, wenn eine Landtagsabgeordnete und ein Kommunikationsprofi zusammen ans Mikro gehen. Kleiner Spoiler: Es wird nie langweilig.

Niklas hat uns ganz schön auf den Zahn gefühlt – neugierig, professionell, charmant. Kein Wunder, dass schon echte Schwergewichte der niedersächsischen Politik bei den „Politiknerds“ auf der Gästeliste standen. Wer genau? Hört selbst rein – wir sind jedenfalls in bester Gesellschaft.

Was bleibt? Ein sehr ehrliches, manchmal nachdenkliches, oft auch sehr lustiges Gespräch über Medien, Macht und Mikrofone. Und die Erkenntnis: Podcasts sind mehr als nur ein neuer Kanal – sie sind eine Chance, Politik ganz neu zu denken.

Wenn ihr Lust bekommen habt und mal Reinhören wollt: Die Folge findet ihr auf allen gängigen Plattformen – einfach nach „Politiknerds“ suchen.

**Alle Folgen
Politik
aufs Ohr
bei YouTube**





Langeoog von Sina Beckmann

Langeoog macht's vor: Klimafreundlich wohnen mitten im Wattenmeer

Langeoog – allein der Name klingt schon nach frischer Brise und weitem Horizont. Und mein Besuch dort hat genau das geliefert – plus jede Menge spannende Eindrücke davon, wie nachhaltiges Leben und modernes Bauen auf der Insel zusammengehen.

Gemeinsam mit der Grünen Ratsfrau Bärbel Kraus durfte ich beim Richtfest eines wirklich zukunftsweisenden Projekts dabei sein: In der Kirchstraße entstehen gerade sieben Gebäude mit insgesamt 45 Wohnungen – in moderner Holzmodulbauweise. Das heißt: Die Module wurden auf dem Festland vorgefertigt und dann Stück für Stück auf der Insel zusammengesetzt. So spart man nicht nur Zeit, sondern auch CO₂ – und das ist auf einer Insel wie Langeoog, mitten im sensiblen Wattenmeer, besonders wichtig.

Besonders stark fand ich, dass ein Teil der Wohnungen für Menschen mit Wohnberechtigungsschein reserviert ist. Denn auch auf den Inseln ist bezahlbarer Wohnraum knapp – und wer im Tourismus oder bei der Reederei arbeitet, soll hier auch vernünftig wohnen können.

Nach dem Richtfest ging's für mich weiter ins Heimatmuseum – ein echtes kleines Juwel. Wer Langeoog verstehen will, kommt an diesem Ort voller Geschichten nicht vorbei. Und auch das Thema Nachhaltigkeit hat hier seinen Platz: Wie sich Tradition und Zukunft auf der Insel verbinden, sieht man in jeder Ecke.

Ein weiteres Highlight fand im Rathaus statt: die Verleihung der Grünen Hausnummer! Damit werden Gebäude ausgezeichnet, die besonders energieeffizient und klimafreundlich gebaut oder saniert wurden. Dieses Mal durften sich zwei Famili-

en aus Langeoog über diese Auszeichnung freuen – ein tolles Zeichen dafür, dass nachhaltiges Bauen hier nicht nur Vision, sondern schon Realität ist.

Langeoog hat mich wieder einmal begeistert – mit Weitblick, Engagement und echten Vorzeigeprojek-

ten. Es zeigt, dass man auch auf einer kleinen Insel große Schritte in Richtung Zukunft machen kann. Ich nehme viele gute Ideen mit aufs Festland!





Social-Media-Workshop von *Wenke Oltmanns*

Ton an, Kamera läuft - Social Media Workshop in Jever

Am 14. Mai trafen sich Mitglieder des Kreisverbands im Coworking Space coastworking in Jever zu einem praxisorientierten Social-Media-Workshop. Organisiert wurde die Veranstaltung von Wenke Oltmanns, gemeinsam mit ihrem Kollegen Jonas Osewold.

Ein zentrales Ziel des Workshops war es, die Social-Media-Arbeit des Kreisverbands gemeinsam weiterzuentwickeln – im Dialog mit den Mitgliedern. Im Fokus stand dabei insbesondere, wie unsere digitale Kommunikation die Vielfalt und die unterschiedlichen Perspektiven innerhalb des Verbands besser sichtbar machen kann. Formate wie "Moin, ich bin..." spielen dabei eine wichtige Rolle: Sie geben einzelnen Mitgliedern eine Stimme und machen unser politisches Engagement auf persönliche Weise erfahrbar.

Ein Highlight des Abends: Einige Teilnehmende konnten mit einem kompletten Studio-Setup experimentieren – mit Mikrophon, Stativ, Licht und Greenscreen – und eigene Ideen für Social-Media-Inhalte direkt umsetzen. Dabei entstanden auch erste Aufnahmen für neue Beiträge im Format Mib und Aufnahmen für die Instagram Story.

Der Workshop sollte nicht nur Wissen vermitteln, sondern vor allem auch befähigen. Ziel war es, möglichst viele Mitglieder mit den technischen und inhaltlichen Grundlagen vertraut zu machen – vom Filmen mit dem Handy bis zum Einsatz von Aufnahme-Equipment –, damit sie das Social-Media-Team vor Ort aktiv unterstützen können.

Alle Mitglieder sind weiterhin herzlich eingeladen, sich einzubringen: Ob Foto und Videoaufnahmen von Veranstaltungen oder Ideen für neue Videos und Beiträge – jede Form der Unterstützung trägt dazu bei, die Social Media Präsenz unseres KV's zu stärken und mit Gesichtern und persönlichen Geschichten zu beleben. Wenke Oltmanns steht als Ansprechpartnerin für alle Fragen rund um Social Media, sowie der Absprache neuer Ideen jederzeit für alle Mitglieder zur Verfügung und schaut zufrieden und inspiriert auf einen erfolgreichen Abend zurück.





Jever von Oliver de Neidels

Richtfest mit Weitblick – Die Paul-Sillus-Schule wächst in die Zukunft

Ich gebe es offen zu: Ich bin nicht schwindelfrei. Als ich beim Richtfest des Neubaus der Paul-Sillus-Schule mit Helm auf dem Kopf und etwas weichen Knien das Baugerüst betreten habe, war mir durchaus mulmig. Aber es war auch ein besonderer Moment – denn ich durfte als Vorsitzender des Schulausschusses mit auf das Gerüst steigen und von dort gemeinsam mit vielen anderen auf das blicken, was hier in Jever gerade Großes entsteht: die größte städtische Investition der letzten Jahrzehnte – ein Schulneubau mit echter Strahlkraft.

Mit rund zehn Millionen Euro ist der Neubau an der Paul-Sillus-Grundschule ein echtes Mammutprojekt für unsere Stadt. Das allein wäre schon Grund genug für Aufmerksamkeit. Aber dieser Bau steht auch für etwas viel Größeres: für unseren Anspruch, jedem Kind in Jever die besten Startbedingungen zu bieten. Für unsere Überzeugung, dass gute Bildung nicht bei Lehrplänen und Lehrkräften aufhört, sondern auch Raum braucht – buchstäblich.

Das Richtfest war nicht nur ein symbolischer Bauabschnitt, es war auch ein schönes Gemeinschaftsfest: Lehrer*innen, Schüler*innen, Eltern, Nachbar*innen, Ratsmitglieder, Handwerker und Mitarbeitende der Verwaltung kamen zusammen. Es gab Bratwurst und Getränke im Rohbau der zukünftigen Aula – einem lichtdurchfluteten, 250 Quadratmeter großen Raum, der künftig Mensa, Pausenhalle und Veranstaltungsort zugleich sein wird. Bürgermeister Jan Edo Albers nannte ihn das „Herzstück“ des neuen Schulgebäudes – und ich finde, das trifft es gut.

Ein besonderes Lob geht an Merten Neu vom städtischen Bauamt, der nicht nur das Bauprojekt mit großer Kompetenz begleitet, sondern auch das

Richtfest perfekt organisiert hat – inklusive eigenem Einsatz am Grill. Wer so engagiert mitarbeitet, zeigt, dass Verwaltung eben nicht nur Verwaltung ist, sondern Herz und Verlässlichkeit.



Das Beeindruckende: Der Bau liegt trotz all seiner Komplexität im Zeit- und Kostenrahmen. In Zeiten von Preissteigerungen, Materialengpässen und Fachkräftemangel ist das wirklich bemerkenswert. Wenn alles weiter so gut läuft, können wir Anfang 2026 einziehen – und dann direkt mit dem zweiten Bauabschnitt, der Sanierung des Bestandsgebäu-

des, weitermachen.

Doch bei allem berechtigten Stolz auf das Projekt gibt es auch kritische Punkte: Für diese zehn Millionen Euro teure Maßnahme erhalten wir vom Land gerade einmal knapp 600.000 Euro Förderung. Das ist, ehrlich gesagt, ein politischer Witz. Die Kommunen tragen die Verantwortung für die Umsetzung des Ganztagsanspruchs – aber sie werden mit dieser Verantwortung allein gelassen. Dabei geht es nicht um Luxus, sondern um die Umsetzung eines gesetzlichen Rechtsanspruchs ab 2026.

Klar: Der Schulalltag ist durch die Baustelle eingeschränkt, Unterricht muss ausweichen, Verwaltung findet im Container statt, Sport umständlich organisiert. Aber ich bin überzeugt: Die Schulgemeinschaft wächst daran. Und wir als Stadt tun alles, um die Belastungen so gering wie möglich zu halten. Es wird viel improvisiert, aber auch viel gemeinsam getragen. Dafür gebührt der Schulleitung, dem Kollegium und allen Kindern ein großes Dankeschön.

Am Ende dieses Prozesses werden wir wunderbare Räume haben – Lernflure statt reiner Gänge, Gruppenarbeitsplätze, Rückzugsorte, Licht, Luft und Platz zum Wachsen. Und wir werden eine Schule haben, die den pädagogischen Anforderungen der Zukunft gerecht wird – weil sie nicht nur auf Papier geplant, sondern mit viel Herzblut umgesetzt wurde.

Ich freue mich sehr auf die nächsten Schritte – und ganz ehrlich: Sollte es beim nächsten Schulbauprojekt wieder aufs Gerüst gehen, bin ich dabei. Auch mit leichtem Schwindel. Denn für so ein Ziel lohnt sich jeder Schritt.



Über den Tellerrand von Pascal Leddin

Ackerland oder Spekulationsobjekt? Wie wir den Ausverkauf unserer Böden stoppen!

Die Preise für landwirtschaftliche Flächen gehen durch die Decke. Was früher für Landwirt*innen bezahlbar war, ist heute oft ein absoluter Luxus. Warum? Weil immer mehr Investor*innen auf den Bodenmarkt drängen – und zwar nicht, um Kartoffeln oder Möhren anzubauen, sondern um schnelles Geld zu machen.

Das Problem: Land ist knapp. Überall wird gebaut, neue Straßen entstehen, Wohnsiedlungen schießen aus dem Boden. Gleichzeitig sollen Flächen für den Naturschutz reserviert werden. Was bleibt, wird heiß umkämpft – und die Preise steigen. Besonders krass wird es, wenn Investor*innen sich einmischen. Die nutzen sogenannte Sharedeals, ein cleveres Schlupfloch. Dabei werden nicht die Flächen selbst verkauft, sondern Anteile an einer Firma, die diese Flächen besitzt. Der Vorteil für die Investor*innen: Sie umgehen die Grunderwerbsteuer und können sich gleich riesige Flächenpakete sichern.

Das klingt erstmal wie ein geschickter Deal – ist aber ein Riesenproblem für kleine und mittlere Betriebe. Die können mit den Preisen, die Investor*innen bieten, nicht mithalten. Höfe, die seit Generationen von Familien geführt wurden, müssen plötzlich aufgeben, weil die Pachtpreise durch die Decke gehen. Für junge Leute, die neu einsteigen wollen, wird der Traum vom eigenen Hof immer unrealistischer. Die Folge: Immer mehr Betriebe geben auf. Große Agrarkonzerne übernehmen das Geschäft – während die Landwirtschaft in Niedersachsen leise ausblutet.

Doch das Land Niedersachsen greift ein: Das neue Agrarstrukturgesetz (NASVG - Niedersächsisches Agrarstruktursicherungs- und Agrarstrukturverbesserungsgesetz) soll den Wahnsinn stoppen. Wenn der Verkaufspreis für eine Fläche 50 Prozent über dem Durchschnitt liegt, kann der Deal gestoppt werden. Ziel ist es, die extremen Preissprünge zu bremsen. Außerdem sollen Verkaufsflächen künftig

öffentlich inseriert werden. Damit können Landwirt*innen besser sehen, was gerade wo verkauft wird – und nicht alles geht heimlich über den Tisch.

Und dann gibt es da noch die Sache mit den Sharedeals. Die sollen jetzt strenger reguliert werden. Kein einfacher Job, aber notwendig. Denn solange sich Investor*innen über diese Schlupflöcher riesige Flächen sichern können, wird der Boden-

markt für echte Landwirt*innen nur noch schwerer zugänglich.

Mit dem Agrarstrukturgesetz setzt Niedersachsen ein starkes Zeichen für den Erhalt der regionalen Landwirtschaft – ein wichtiger Schritt, um den Ausverkauf der Böden zu stoppen und die Zukunft kleiner und mittlerer Höfe nachhaltig zu sichern.



Pascal Leddin ist grüner Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Uelzen. Er ist Sprecher für Agrarpolitik, Fischerei, Klimafolgenanpassung und Katastrophenschutz



Politikalltag von Sina Beckmann

Was für ein Ausschuss! – Klimaziele, Bürgerwind und ein Herz fürs Dorfleben

Ein Bericht aus dem Wirtschafts- und Finanzausschuss der Stadt Jever vom 5. Mai 2025

Manchmal verlässt man eine Ausschusssitzung mit einem richtig guten Gefühl – so wie am 5. Mai. Im Graf-Anton-Günther-Saal wurde an diesem Montagnachmittag nicht nur über Zahlen und Satzungen diskutiert, sondern richtig was bewegt. Für die Energiewende. Für die Bürgerbeteiligung. Und für den Zusammenhalt vor Ort.

Kalli Oltmanns und ich saßen für unsere Fraktion mit im Ausschuss – und wir konnten einige grüne Akzente setzen, die sich wirklich sehen lassen können. Vor allem bei **TOP 7 – den neuen Energieleitlinien** für die Stadt Jever.

Energieleitlinien: Jetzt wird's konkret!

Jever will klimaneutral werden – und das nicht nur irgendwie, sondern mit Plan. Die neuen Energieleitlinien bilden dafür den strategischen Rahmen. Was in anderen Städten wie Hannover, Osnabrück oder Oldenburg längst etabliert ist, bekommt nun auch bei uns Rückenwind.

Wir haben den Entwurf der Verwaltung genau unter die Lupe genommen – und da war schon viel Gutes drin. Aber: Ein bisschen Grüner geht immer. Deshalb haben wir drei Ergänzungen vorgeschlagen, die alle (!) übernommen wurden:

- **Kommunikation & Bildung:** Energiewende funktioniert nur mit den Menschen. Also: Schulen, Vereine, lokale Initiativen – alle sollen mitgenommen werden.

- **Digitalisierung:** Webinare, Online-Beteiligung, digitale Dialoge – so sprechen wir auch die Menschen an, die vielleicht nicht zum Rathaus kommen, aber trotzdem mitreden wollen.

- **Monitoring:** Damit wir nicht im Nebel stochern, gibt's klare Kennzahlen und ein Kontrollgremium, das jährlich öffentlich berichtet. So bleibt die Umsetzung kein Blindflug.

Das Zielbild – **Klimaneutralität** – steht klar über allem. Die Leitlinien wurden am 22. Mai vom Rat beschlossen. Für uns ein echter Meilenstein, das ist starke grüne Arbeit!

Ein weiteres Highlight war **TOP 9: Beteiligung an Windenergieprojekten durch Bürgerinnen und Bürger**. Für uns ein Herzensthema. Denn die Energiewende darf kein exklusives Projekt von Konzernen sein. Wenn Menschen mitmachen können – und auch wirtschaftlich profitieren – steigt die Akzeptanz enorm. Der Beschluss: Die Stadt stellt Mittel bereit, um Fachberatung zur Beteiligung zu finanzieren. Das ist gut investiertes Geld in unsere

Zukunft – und ein starkes Signal für echte Mitmach-Energiewende!

Dann ging's noch um **TOP 11: die finanzielle Unterstützung der Dorfgemeinschaften**. Und das ist mindestens genauso wichtig wie Windkraft: Denn unsere Dörfer leben vom Engagement ihrer Menschen. Feuerwehreinheiten, Nachbarschaftshilfe, Dorfläden – das ist gelebter Zusammenhalt. Deshalb war es uns wichtig, dass alle Dorfgemeinschaften in Moorwarfen, Cleverns und Sandelermöns gleichermaßen unterstützt werden und dass das nicht jedes Jahr neu in Frage steht. Gute Nachrichten: Auch hier gab's grünes Licht.

Und sonst? Klar, es wurde auch über Erschließungsbeiträge und Erbbaugrundstücke gesprochen – spannend für Haushaltsprofis, aber nicht ganz so emotional. Doch unterm Strich bleibt: Dieser Ausschuss war ein echter Fortschritt in Richtung klimafreundliche und zukunftsfähige Stadtentwicklung von Jever! So macht Kommunalpolitik richtig Freude!



Bockhorn von Waltraud Voß

Die Brandmauer steht als sichtbares Zeichen gegen AfD-Infostand in Bockhorn

Am Samstag, den 24.05.25 haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Bockhorn sowie dem Umland ihre Haltung für Demokratie und gegen die als rechtsextremistisch eingestufte AfD deutlich gemacht. Anlass war ein öffentlich angekündigter Informationsstand der Partei am Marktplatz. Die AfD hat mit einem 10-seitigen Hochglanzprospekt damit geworben, dass mit ihnen in Bockhorn endlich alle Wünsche der Bürger*innen in Erfüllung gehen, die die bisherigen Politiker*innen des Rates aus Unfähigkeit nicht durchsetzen konnten.

Als Reaktion darauf hat Waltraud Voß, Sprecherin

von Bündnis 90/Die Grünen in Bockhorn, beschlossen ebenfalls mit einem Infostand auf dem Marktplatz zu stehen. Sie hat dann auch die anderen Parteien im Rat der Gemeinde Bockhorn eingeladen, sich ebenfalls mit einem Infostand daran zu beteiligen. Dieser Bitte sind dann auch SPD, Die Linke, UWG, FDP und PFF gefolgt, um über ihre politischen Positionen und die Beweggründe für ihr Engagement zu informieren. Auch der BUND, die Omas gegen Rechts und die Antifa waren bei dieser Aktion dabei.

Im Mittelpunkt stand der Wunsch, demokratische Werte zu verteidigen und Rechts-Extremismus eine klare Absage zu erteilen.

Ein besonderer Höhepunkt der Aktion war die Errichtung einer symbolischen „Brandmauer“ – eine kreative Initiative von Bündnis 90/Die Grünen. Aus bemalten Kartons entstand ein farbenfrohes Kunstprojekt, das sich rasch zu einem Gemeinschaftswerk entwickelte: Menschen aus Parteien, Vereinen und der Zivilgesellschaft beteiligten sich am Bau und der Gestaltung. Die „Brandmauer“ wurde so zu einem sichtbaren Symbol für den demokratischen Schulterschluss und das Engagement vieler Beteiligter.

Die Sonne strahlte und die Mauer hielt durch die Achtsamkeit der Menschen jedem Windstoß stand! Achtsamkeit ist so wichtig,



wenn wir gegen die Gefahr von rechts standhalten wollen.

Auch der Bürgermeister Krettek nahm als einziges CDU-Mitglied im Laufe des Nachmittages an dieser Aktion teil.

Zahlreiche Passantinnen und Passanten nahmen die Aktion mit großem Interesse auf. Viele äußerten ihre Zustimmung, informierten sich vor Ort und spendeten Applaus, aus vorbeifahrenden Autos kam der Daumen hoch und beim Gang über den Marktplatz an dem AfD-Stand vorbei, wurden die dort ausgegebenen Prospekte in der dafür vorgesehene blaue Tonne, die von der SPD aufgestellt wurde, entsorgt. Passanten spendeten Eis und Kekse.

Diese tolle Mauer wurde dann abgebaut und am Himmelfahrtstag in Wilhelmshaven wieder zum Schutz gegen Rechts vor einem AfD-Stand errichtet. Das nennt man Nachhaltigkeit und zeigt auch, wie stabil diese Mauer gegen Rechts doch ist!

Für uns Grüne ist klar: In Bockhorn, so wie überall sonst, stehen wir gemeinsam für Offenheit, Vielfalt und eine wehrhafte Demokratie – klar in der Haltung und kreativ im Ausdruck.





Tourismus-Ausschuss von Sina Beckmann

Tourismus in Bewegung – Landtagsausschuss zu Gast in Osnabrück

Am 3. April war der Tourismusausschuss des Niedersächsischen Landtages unterwegs – dieses Mal in der Friedensstadt Osnabrück. Für meine Kollegin und Fraktionsvorsitzende Anne Kura ein echtes Heimspiel, für uns alle ein spannender Austausch vor Ort. Der Tourismusverband Niedersachsen (TVN) hatte eingeladen – und wir sind gerne gekommen.

Denn die Zahlen sprechen für sich: **330.000 Beschäftigte, 46 Millionen Übernachtungen und 13,6 Milliarden Euro touristische Bruttowertschöpfung** – der Tourismus ist einer der stillen Riesen unserer Wirtschaft. Gut sechs Prozent der Wirtschaftsleistung in Niedersachsen hängen direkt mit Urlaub, Gastfreundschaft und Freizeitangeboten zusammen. Für mich ist klar: Diese Branche verdient endlich die Aufmerksamkeit, die sie verdient – und die politische Unterstützung, die sie braucht.

Vor Ort ging es nicht nur um Zahlen, sondern um Menschen, Strukturen – und die Zukunft des Tourismus in Niedersachsen. Der TVN hatte mit einem Positionspapier klar gemacht: **Destination Management Organisationen (DMOs) und touristische Fachverbände** übernehmen längst weit mehr Auf-

gaben als reine Werbung. Sie kümmern sich um Themen wie **Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Mobilität, Qualitätsmanagement, Klimaanpassung und Besucherlenkung**. Dafür braucht es verlässliche, langfristige Förderstrukturen – und zwar nicht nur über Projektförderung, sondern als Grundfinanzierung.

Da bin ich grundsätzlich dabei. Denn wer von den DMOs verlangt, dass sie Tourismus nicht nur vermarkten, sondern auch mitentwickeln, muss ihnen auch die Ressourcen dafür geben. Die Idee des TVN, eine Basisförderung in Höhe von **100.000 Euro pro DMO**, ergänzt um Übernachtungszahlen, ist ein Vorschlag, der diskutiert werden muss. Andere Bundesländer sind besser in ihrer Tourismus-Förderung – Niedersachsen sollte hier nicht länger hinterherhinken.

Besonders spannend war der Blick in die Region selbst: Die sogenannte **GEO-Region** – also Grafschaft Bentheim, Emsland und das Oldenburger Münsterland – wurde uns als stark aufgestellte Tourismusdestination vorgestellt. Ob Aktivurlaub, Städtereisen oder Geschäftsreisen: Die Region zeigt, was mit guter Kooperation und klarem Profil möglich ist. Für uns war das auch eine schöne Rück-

kopplung zu vielen Themen, die wir im Ausschuss regelmäßig diskutieren: Wie gelingt nachhaltiger Tourismus? Wie schaffen wir regionale Wertschöpfung, ohne die Natur zu überfordern? Und wie verbinden wir Urlaub mit Lebensqualität für alle?

Zum Abschluss wurden wir noch durch das berühmte historische Rathaus der Friedensstadt geführt – inklusive Westfälischer Frieden und Gänsehautmoment im Friedenssaal. Ein guter Ort, um sich zu erinnern: Tourismus ist auch Kulturerhalt, Verständigung und Austausch. Er schafft Begegnung – und trägt dazu bei, Regionen lebendig zu halten. Und so hat der Austausch in Osnabrück gezeigt: Tourismus in Niedersachsen hat enormes Potenzial – aber auch strukturelle Herausforderungen. Wir brauchen moderne Fördermodelle, verlässliche Partnerstrukturen und eine Politik, die Tourismus nicht nur als Wirtschaftsfaktor begreift, sondern als Querschnittsaufgabe mit sozialen, ökologischen und kulturellen Dimensionen. Wir Grüne im Tourismusausschuss bleiben dran – für einen starken, nachhaltigen Tourismus in Niedersachsen. Und ja: Osnabrück war eine Reise wert!



Sina vor Ort von Sina Beckmann

Landtag trifft Küste – Ein Tag für die Demokratie in Wilhelmshaven

Was passiert, wenn das höchste Gremium des Landes auf den Norden trifft? Genau das durfte ich erleben, als unsere Landtagspräsidentin Hanna Naber mit ihrem Präsidium im Rahmen der Reihe „Präsidium vor Ort“ nach Wilhelmshaven kam.

Als Abgeordnete aus Jever bin ich im Landtag auch für Wilhelmshaven zuständig – eine Stadt, die mich durch ihre Dynamik und ihre wichtige Rolle im Energiewandel immer wieder beeindruckt. Dass das Präsidium hier Station machte, war ein starkes Signal: für politische Nähe, für Austausch – und für eine Region, die auf vielen Ebenen im Wandel ist.

Der Tag begann mit einem Besuch im Rathaus, wo sich Hanna Naber und Teile ihres Präsidiums mit Oberbürgermeister Carsten Feist und einigen Ratsmitgliedern austauschte. Es ging um Herausforderungen und Chancen, um Strukturwandel, Energiezukunft und natürlich um die Frage, wie Politik nah an den Menschen bleiben kann. Der feierliche Eintrag ins Goldene Buch der Stadt war mehr als nur ein Protokollpunkt – er war Ausdruck von gegenseitigem Respekt und Anerkennung.

Im Anschluss besuchten wir das Familienzentrum Nord in Fedderwardergroden. Dort kamen wir mit

dem Bürgerverein ins Gespräch – direkt, offen und auf Augenhöhe. Themen wie Ehrenamt, gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit standen im Mittelpunkt. Besonders hier wurde mir wieder bewusst, wie wertvoll die Arbeit derjenigen ist, die sich Tag für Tag ehrenamtlich für ihre Nachbarschaft einsetzen.

Abgerundet wurde der Besuch durch ein lebendiges Gespräch mit dem Jugendparlament. Das ist richtig stark, mit welcher Klarheit, Engagement und Ideen die Jugendlichen ihre Anliegen vorbrachten. Es wurde leidenschaftlich diskutiert – genau so wie ich es mag und wie Demokratie sein soll: ehrlich, Streitbar und respektvoll.

Für mich war dieser Tag ein Paradebeispiel dafür, wie Landespolitik und kommunales Leben zusammengehören. Demokratie lebt vom Zuhören, vom Miteinander – und vom Mut, den Dialog zu suchen. Genau das hat dieser Besuch gezeigt. Und ich freue mich, wenn wir diesen Weg in Niedersachsen weiter gemeinsam gehen.



GRÜNES FRIESLAND

- **Grünes Friesland** ist eine Zeitschrift für die Mitglieder im Kreisverband Friesland
- Erscheint vier Mal im Jahr (März, Juni, September, Dezember)
- Kostenlos für alle Mitglieder
- Wird klimaneutral gedruckt
- Auflage: 300 Stück
- 13 Autor*innen

Redaktion

OLIVER DE NEIDELS
KIM HÜSING
INGA DE NEIDELS

✉ redaktion@sina-beckmann-gruene.de



Grünes Friesland zum Download

Schloss Gödens zwischen Erbe, Energie und Erneuerung Ein Küchentisch-Gespräch mit Maximilian Graf von Wedel

Für die vierte Folge des Podcasts „Küchentisch“ sind Manuel von Heugel und ich an einem der geschichtsträchtigsten Orte Frieslands zu Gast: Schloss Gödens. Hier treffen wir Max Graf von Wedel – Unternehmer, Strategieberater, Landbewohner aus Überzeugung und jemand, der sich der Transformation in vielerlei Hinsicht verschrieben hat. Das Gespräch ist so bodenständig wie inspirierend – und führt uns von der Geschichte eines Adelshauses bis zur Zukunft der erneuerbaren Energien.

Max von Wedel ist in Gödens groß geworden, hat aber auch in Ostdeutschland, Irland, England und später in Wien und London gelebt und studiert. Mit einem Doppelstudium in Informatik und BWL war er lange als Übersetzer zwischen IT und Wirtschaft unterwegs – bis ihn der Wunsch nach Nachhaltigkeit und regionaler Wirkung zurück nach Friesland brachte. Heute lebt er mit seiner Frau Frieda und den beiden Töchtern Hermine und Ortilie wieder in Gödens – und engagiert sich in vielfacher Hinsicht für die Region.

Kultur und Verantwortung

Das Familienschloss Gödens ist nicht nur ein kulturelles Juwel, sondern auch eine große Verantwortung. Die Erhaltung des Ensembles, das seit über 500 Jahren im Familienbesitz ist, bedeutet Investitionen, Pflege, Denkmalaufgaben – und viel Herzblut. Die Familie von Wedel hat im Laufe der Generationen verschiedene Wege gefunden, Schloss Gödens für die Öffentlichkeit erlebbar zu machen – von Konzerten über Märkte bis zur heute weithin bekannten Landpartie. Hier kann man „alles kaufen,

was man nicht unbedingt braucht, aber einfach schön findet“, wie Max von Wedel es selbst augenzwinkernd beschreibt.

er sich die Frage: Wofür will ich meine Fähigkeiten einsetzen? Die Antwort: für regionale Wertschöpfung durch grüne Energie – ohne staatliche Förderung, rein marktwirtschaftlich.



Das Ergebnis ist einer der größten förderfreien Energieparks in Niedersachsen: **der hybride Energiepark Sande**. Dort entstehen auf einer Fläche von über 650.000 Modulen rund **134 Megawatt Leistung** – gespeist aus Wind und Sonne. Bereits 2022 wurde der erste Spatenstich gesetzt. Besonders: Die erzeugte Energie wird im Rahmen eines **PPA-Vertrags** (Power Purchase Agreement) direkt an **Salzgitter Flachstahl** geliefert, wo sie zur Herstellung von grünem Stahl verwendet wird – eine echte Erfolgsstory niedersächsischer Innovationskraft.

Doch das ist nur der Anfang. Gemeinsam mit seinem Team arbeitet Max von Wedel daran, die Energie weiter zu „veredeln“ – etwa durch **Speicherlösungen, Elektrolyse oder Wasserstoffproduktion**. Für ihn ist klar: Nur wenn wir regional Verantwortung übernehmen, können wir nachhaltig wirtschaften.

Ländliches Leben als Zukunftsmodell

Was Max von Wedel verkörpert, ist gelebte Transformation: vom Strategieberater zum Energieunternehmer, vom internationalen Lebenslauf zurück ins Herz Frieslands. Zwischen Denkmalschutz, Landwirtschaft und Zukunftstechnologie zeigt er, wie viel

Gestaltungskraft im ländlichen Raum steckt – wenn man mutig denkt, nachhaltig investiert und regional verwurzelt bleibt.

Erneuerbare Energien made in Friesland

Doch Max von Wedel denkt weiter. Neben Kultur und Erbe liegt sein Fokus heute auf Energie und Transformation. 2020, nach seiner Rückkehr, stellte

Wahlkreisbüro Sina Beckmann

Alter Markt 10, 26441 Jever

moin@sina-beckmann-gruene.de

Bürozeiten nach Vereinbarung



GRÜNES FRIESLAND

Grünes Friesland ist eine Zeitschrift für den Kreisverband Friesland.

Verantwortlich für den Inhalt:
Sina Beckmann, Alter Markt 10, 26441 Jever

Diese Zeitschrift wurde klimaneutral gedruckt.

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 15. SEPTEMBER